

# Britische Geschichte von 1760 bis zu den Napoleonischen Kriegen

Jan Bruners

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Merkmale der „Sattelzeit“</b>	<b>2</b>
1.1	Irland . . . . .	2
1.2	Indien . . . . .	3
<b>2</b>	<b>The Patriot King</b>	<b>5</b>
2.1	Wilkes and liberty . . . . .	7
2.2	Die Middlesex-Krise . . . . .	8
2.3	Die Junius-Briefe . . . . .	9
<b>3</b>	<b>Eskalation der nordamerikanischen Krise</b>	<b>10</b>
3.1	Die Ausgangslage . . . . .	10
3.2	Die Herausbildung politisch unterschiedlicher Positionen in den Kolonien und in England . . . . .	10
3.3	Politische Maßnahmen von 1763 bis 1776 . . . . .	11
<b>4</b>	<b>Konsequenzen der Amerikanischen Revolution</b>	<b>14</b>
4.1	Die Bedeutung der amerikanischen Revolution für das englische Repräsentationssystem . . . . .	15
<b>5</b>	<b>Adelsherrschaft und soziale Hierarchie</b>	<b>17</b>
5.1	Bild des Adels – Macht des Adels . . . . .	17
5.2	Wandlungen nach 1780 . . . . .	19
5.3	Wirtschaftliche Veränderungen . . . . .	20
5.4	Auswirkungen auf die unteren Schichten . . . . .	21
5.5	Aufstieg der mittleren Schichten . . . . .	22
5.6	Mentalitätsgeschichtliche Wandlung . . . . .	22

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	2
5.7 Die Kommerzialisierung der Kunst . . . . .	24
<b>6 Die Anfänge von Reformbewegungen</b>	<b>24</b>

## 1 Merkmale der „Sattelzeit“ und des britischen Empire im späten 18. Jahrhundert

Im Jahr 1760 begann die wenig rühmliche Regierungszeit Georg III., des dritten Hannoveraner-Königs. Die welfische Dynastie der Kurfürsten von Hannover war 1689 auf den Thron gekommen, nachdem der Jakob II. wegen seines katholischen Glaubens abgesetzt worden war. Die kurz darauf verabschiedete Bill of Rights schloß einen katholischen Thronfolger aus, so daß Jakobs katholische Söhne seine Nachfolge nicht antreten konnten. Seine protestantisch erzogenen Töchter aus erster Ehe starben früh, und ihr nächster adeliger Verwandter war der Kurfürst von Hannover, Georg I. Er war trotz seiner Krönung an England wenig interessiert, lernte kein Englisch und verbrachte einen Großteil seiner Zeit im heimatlichen Hannover. Sein Sohn Georg II. stellte nur eine marginale Verbesserung dar, während Georg III., in England erzogen, seine Amtszeit mit den Worten „I glory in the name of Britain“ begann. An das deutsche Kurfürstentum hatte er lediglich emotionale Bindungen, politisch wollte er ein aufgeklärter, freiheitsliebender englischer König (patriot king) sein. Sein Bemühen um Überparteilichkeit war allerdings zum Scheitern verurteilt und sorgte für 10 Jahre Instabilität in England.

Im europäischen Kontext zählt die Regierungszeit Georg III. noch zur „Sattelzeit“ (R. Koselleck), in der ein Umbruch zur Moderne stattfand. Diese Veränderungen wurden auch von Zeitgenossen wahrgenommen. Edmund Burke, ein progressiver englischer Politiker irischer Herkunft bemerkte dazu, die französische Revolution sei eine Revolution der Gefühle, Einstellungen und Sitten, was viel schwerer wöge als eine bloß politische Umwälzung. Ebenso äußerte sich 1815 John Adams, der zweite Präsident der USA: „What do we mean by the American revolution [ . . . ] It was in the mindes of people.“ Gerade der amerikanische Unabhängigkeitskrieg wurde von englischen Radikalen ideologisch unterstützt. In England selbst fürchtete der Methodistenführer John Wesley 1775 angesichts ihrer Parolen bereits eine vierte Revolution. Seit Beginn der 1760er Jahre gab es auch im Abstand von etwa 10 Jahren immer wieder Unruhen; Historiker nehmen allerdings an, daß die reale Gefahr eines Flächenbrandes nicht sehr groß war. Viele der damals geäußerten Ideen (z.B. das allgemeine Wahlrecht für Männer) konnten sich erst im 20. Jahrhundert durchsetzen.

Das United Kingdom of Great Britain bestand im 18. Jahrhundert zunächst aus England, Schottland (seit 1603 in Personalunion beherrscht, seit 1707 vereinigt) und Wales. Obwohl das schottische Parlament aufgelöst worden war, blieben die (Staats-) Kirchen getrennt. Dadurch wurden in Schottland Anglikaner, in England selbst dagegen Presbyterianer als Abweichler (dissenter) diskriminiert.

### 1.1 Irland

Noch brisanter war die Religionsfrage in Irland. Protestantische Kolonisten aus England und Schottland besaßen 80% des irischen Grundbesitzes, die katholische irische Bevölkerung wurde neben ihren freiwilligen Abgaben an die katholische zu weiteren Abgaben an die anglikanische Kirche gezwungen. Das schlechte Bildungssystem und die Armut führten zu einem dauernden Kleinkrieg zwischen Iren und Engländern. Während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges kam die Idee

einer irischen „Revolution“ auf: Man forderte ein unabhängiges Parlament, Konzessionen für den englisch-irischen Handel, eine Reform des Wahlrechts und die Aufhebung der Benachteiligung von Katholiken und dissenters. Zwischen 1779 und 1789 erzielten die Iren einige Erfolge, wie etwa 1782 die Rücknahme des declaratory act von 1719, die dem irischen Parlament die legislative Unabhängigkeit sicherte. Weil aber weniger als 50% der Abgeordneten frei, die übrigen aber von den protestantischen Landbesitzern gewählt wurden, weil außerdem die Exekutive weiter in den Händen des englischen Lord Lieutenant und des Chief Secretary lag, war die erreichte Unabhängigkeit eher „philosophisch“.

Obwohl die Bevölkerung in Irland nach der Einführung der nahrhaften Kartoffel rasant anstieg (1750: 3 Mill., 1780: 4. Mill, 1800: 5 Mill.), traten die negativen Folgen der Überbevölkerung erst im 19. Jahrhundert auf. Zunächst kam es durch die Aufhebung der Handelsschranken und den Ausbau der Transportwege zur Herausbildung einer Mittelschicht, die sich einen gewissen Luxus (wie Tapeten, Porzellan, Möbel und aufwendige Kleidung) leisten konnte. Neben der wirtschaftlichen Verbesserung und den – wenn auch marginalen – politischen Zugeständnissen gab es auch einen kulturellen Aufschwung in den großen Städten Dublin und Belfast. In den 90er Jahren radikalisierte sich die Mittelschicht angesichts der französischen Revolution: Der Anwalt Theobald Wolfe Tone gründete 1791 die Society of United Irishmen mit dem Ziel einer Aufhebung der religiösen Diskriminierung in Wirtschaft und Politik. Nicht nur das protestantische Establishment in Irland, auch die politische Führung in London mußte wegen des englisch-französischen Krieges ein unabhängiges Irland als französische Invasionsbasis fürchten. Tatsächlich suchte Wolfe Tone bereits ein Bündnis mit Frankreich zur Unterstützung seiner Revolution. Statt hart durchzugreifen, machte die britische Regierung Konzessionen: Die katholischen Iren durften Waffen tragen, kommunale Ämter besetzen und erhielten das passive Wahlrecht. Da aber das Wahlrecht weiterhin an Landbesitz gebunden war und sich nur auf weniger als die Hälfte der Parlamentssitze beschränkte, änderte sich faktisch kaum etwas. Das irische Mißtrauen wurde bestätigt, als London zwischen 1793 und 1796 das irische Rechtssystem aushöhlte und die Jagd auf Rebellen eröffnete. Ein Aufstand 1798 scheiterte kläglich: England war von Spitzeln informiert worden und konnte die meisten Anführer verhaften. Einer der wenigen adeligen Aufständischen, Lord Edward Fitzgerald wurde tödlich verwundet, Wolfe Tone beging in der Haft Selbstmord. Fitzgerald wollte die bürgerlichen Ideale der französischen Revolution verwirklichen, die meisten Iren wurden dagegen von Haß auf die Engländer getrieben. Trotz der raschen Niederschlagung war die Rebellion für England in Kriegszeiten nicht ungefährlich. Mit dem Act of Union 1801 endete schließlich die irische Unabhängigkeit per Beschluß des irischen Parlaments, wobei London einen Großteil der Abgeordneten bestechen mußte.

## 1.2 Indien

Zum britischen Empire gehörten nordamerikanische Kolonien, die mittelamerikanischen Zuckerinseln und militärische Stützpunkte in Afrika, über die der Dreieckshandel mit Sklaven, Manufakturwaren und Rohstoffen lief. Für hochwertige Waren aus Bristol, London und Liverpool wurden dort schwarze Sklaven eingetauscht und nach Südamerika, auf die westindischen Inseln und nach

Nordamerika gebracht. Der Sklavenhandel wurde allerdings 1808 verboten, 1833 folgte die Emanzipation der Sklaven in den britischen Kolonien.

Den wirtschaftlich und politisch wichtigsten Kolonialbesitz bildete Indien. Die britischen Stützpunkte Kalkutta, Bombay und Madras wurden ohne Mitwirkung der Londoner Regierung von der mächtigen East India Company verwaltet. Um ihr Ziel der Profitmaximierung zu erreichen die Gesellschaft gezwungen, auch politisch tätig zu werden, die einheimischen Herrscher gegeneinander auszuspielen und sich auch militärisch zu engagieren. Bis etwa 1760 gelang es ihr, den britischen Einflußbereich stark auszuweiten und gewaltige Dividenden für ihre Teilhaber zu erwirtschaften, von denen die Regierung indirekt über die Zolleinnahmen profitierte. Erst als Ende der 1760er Jahre eine Hungersnot in Bengalen ausbrach und der Handel zum Erliegen kam, geriet die Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten. Angesichts des drohenden Bankrotts bat sie die Regierung um einen Kredit. Als Gegenleistung mußte sie London ein politisches Mitspracherecht in ihrem Machtbereich zusichern. Das Ziel der Regierung war eine größere Stabilität der britischen Politik in Indien und eine Entflechtung von Justiz und merkantilen Interessen. Die Verwaltung in Kalkutta wurde zur übergeordneten Instanz gemacht, um die teilweise widersprüchlichen Praktiken in den verschiedenen Gebieten zu vereinheitlichen. Das Zivilrecht wurde der Gesellschaft – im Gegensatz zum Handelsrecht – zwar entzogen, allerdings ernannte London nur drei Richter für das gesamte indische Gebiet. Vor der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes hatte es eine Untersuchung gegeben, die (für britische Verhältnisse) erschreckende Verhältnisse offenbarte: Nach indischem Brauch brachte ein niedrigrangiger Gesprächspartner dem Höhegestellten bei jedem Besuch ein Geschenk mit. Da die Angestellten der Gesellschaft grundsätzlich den höchsten Rang einnahmen, erhielten sie regelmäßig große Geschenke. So mußte sich der Generalgouverneur Robert Clive vor dem Parlament dafür verantworten, daß er ein Geschenk im Wert von 100.000 £ (der Jahresverdienst einer durchschnittlichen englischen Familie betrug 50 £) angenommen hatte. Clives Nachfolger Warren Hastings hatte sich während seiner Amtszeit in Maßen bereichert und alle Einzelgeschenke über 20.000 £ der Gesellschaft zukommen lassen. Trotzdem kehrte er mit 100.000 £ nach England zurück und wurde von Edmund Burke der Korruption angeklagt. Die britische Öffentlichkeit stand hinter Burke, das Verfahren endete allerdings 1795 mit einem Freispruch. Eine Parlamentskommission wurde eingesetzt, um die „poor helpless natives“ zu schützen – nachdem sie über 150 Jahre ohne britische Anteilnahme der Willkür der Gesellschaft ausgesetzt gewesen waren. 1784 wurde mit dem East India Act ein parlamentarischer Kontrollausschuß für Indien etabliert, dem der Generalgouverneur in Kalkutta unterstellt sein sollte. Durch den langen Schiffsweg zwischen London und Kalkutta (9 Monate) änderte sich an der despotischen Herrschaft der Gouverneure allerdings nichts. Der Wille zur Reform und die öffentliche Anteilnahme am Schicksal der Inder hatte keinen Einfluß auf den Fortbestand der Abhängigkeiten.

Auch die offiziellen Leitlinien der britischen Politik in Indien – keine Eroberung und Herrschaftsausdehnung – wurden durch die Realität ad absurdum geführt: Hastings ließ sich in einen langwierigen Krieg in Bengalen verwickeln, in dem die gegnerischen Fürsten von Frankreich unterstützt wurden und der 1782 mit einem für England günstigen Frieden endete. Der Widerstand gegen den Aufbau eines Empire gründete sich auf das Vorbild Rom: Nach englischer Lesart war Roms Füh-

rungsschicht erst durch Einkünfte aus den lukrativen Provinzen verweichlicht, so daß Augustus die Senatsherrschaft beenden konnte. Besondere Gefahr drohte aus Indien, wo die Fürsten wie Götter verehrt wurden. Deshalb gelang es noch 1877 der Königin Victoria nur mit Mühe, sich den Titel einer Kaiserin von Indien verleihen zu lassen. In Wirklichkeit verfolgte England schon lange imperialistische Ziele, aber erst in den 1880er Jahren setzte sich auch eine zustimmende Haltung durch. Dann allerdings galt eine Politik wie die des Gouverneurs Hastings (gewissenlos und tyrannisch im Dienste Englands) bis in die 1960er Jahre als „heroisch“.

## 2 Ein patriotischer König und die Anfänge von außerparlamentarischen Organisationen

Der 1738 geborene Georg III. bestieg den englischen Thron am 25. Oktober 1760 als Nachfolger seines Großvaters. Er herrschte nominell bis zu seinem Tod 1820, faktisch war er ab 1811 dauerhaft geistig so verwirrt, daß sein Sohn die Regentschaft übernahm. Seine Lebensführung taugte als Identifikationsmodell für die mittleren Schichten: Er heiratete aus Staatsräson 1761, führte eine nach außen stabile Ehe, hatte mit seiner Frau 15 Kinder und bevorzugte eine häusliche Lebensweise. Seine politischen Fähigkeiten wurde lange Zeit übereinstimmend schlecht beurteilt: Viele Fehlschläge zu Beginn seiner Regierung und das geballte Mißtrauen des Parlaments trafen sich mit einer starrsinnigen und idealistischen Haltung des Königs. Seiner Erfolglosigkeit stand eine ungewöhnliche Bildung gegenüber: Er kaufte sogar eine Sammlung von Texten aus der Revolutionszeit (Thomason Collection), darunter radikal antimonarchistische Schriften, und schenkte sie später dem Britischen Museum.

Sein Leitbild bezog er aus der Schrift *The idea of a patriot king* (1738) von Henry St. John, Viscount of Bolingbroke. Bolingbroke zufolge müsse ein König allein das Wohl der Nation im Auge haben, über den Streitigkeiten und Parteien stehen, das Volk einen und das Land erneuern. Diese Vorstellung eines überparteilichen Königs entsprach durchaus den damaligen Wünschen: Jeder war gegen Parteien, die nur einen Teil der Bevölkerung vertraten. Andererseits waren natürlich auch alle politisch Aktiven in bestimmten Gruppen organisiert, so daß Georg III. Versuch, über den Parteien zu stehen, zum Scheitern verurteilt war. Seine Vorgänger waren von den Whigs unterstützt worden. Die ideologisch dem Königtum näher stehenden Tories waren Gegner der Glorreichen Revolution von 1689 und hielten deshalb Distanz zu den Hannoveranern. Die Kluft zwischen revolutionärer Theorie und Regierungspraxis führte zur Spaltung der Whigs in Traditionalisten (old whigs) und Günstlinge der Könige (court whigs). Die old whigs bildeten aus taktischen Gründen zeitweise eine gemeinsame country opposition mit ihren schärfsten Gegnern, den Tories.

Georg III. wollte alles besser machen und betrachtete die Minister nur als Instrumente seiner Politik, ohne dabei allerdings ein Despot zu sein. Er versuchte, alle Gruppen in die Regierungsarbeit einzubinden und ein „ausgewogenes“ Kabinett aufzustellen. Die versöhnliche Haltung irritierte die schon geschwächten Tories und bewirkte ihre Auflösung als Opposition und relativ geschlossene Partei. Das Ende des Antagonismus atomisierte auch die Whigs: Mehrere Richtungen unter der Führung einzelner Politiker machten sich Konkurrenz. Dadurch wurde die Kabinettsbildung für Georg III.

immer schwieriger. Mehrere ministrable Personen weigerten sich, zusammenzuarbeiten, so daß er die Auswahl schließlich an einen Premierminister und Schatzkanzler übertragen wollte. Allerdings stellten die Kandidaten entweder Bedingungen für ihre Arbeit oder waren dem König persönlich unsympathisch, so daß sie rasch wieder ausgewechselt wurden. Das Chaos gab den untergebenen Beamten die Möglichkeit, nach Gutdünken zu handeln und sich dabei wahlweise auf den König oder auf den Minister zu berufen. Nach 10 Jahren trat schließlich North an, ein völlig konservativer und loyaler Monarchist.

Die Bevölkerung, der die Probleme nicht verborgen bleiben konnten, suchte nach einer Erklärung, die ihr Edmund Burke 1770 lieferte: Schuld an allem waren die Freunde des Königs. Sie, und nicht die Ministerien, hätten alle Macht in den Händen, würden den Zugang zum König kontrollieren und die Minister bei ihm anschwärzen. Ihre Politik sei nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht und gereiche deshalb England zum Nachteil. Außerdem wirkten sie im Hintergrund und seien deshalb nicht zu fassen. Eine Ausnahme bildete John Stewart, 3rd Earl of Bute. Der ehemalige Erzieher des Königs und Premierminister von 1762 bis 1763 stammte auch Schottland und war angeblich der Geliebte der Königmutter. Ihm wurde in Ermangelung anderer Sündenböcke alles zur Last gelegt, Puppen und boots (Stiefel) wurden an seiner Stelle verbrannt. Tatsächlich hatte Bute, dem selbst jede praktische politische Erfahrung fehlte, den König zum starrköpfigen und politisch ungeschickten Idealisten erzogen.

Bute mußte 1763 wegen des von ihm ausgehandelten Friedens von Paris zurücktreten und verlor danach rasch an Einfluß. Von 1756 bis 1763 hatte der Siebenjährige Krieg in Europa, Indien und Amerika gedauert, der hauptsächlich von dem Volkshelden William Pitt organisiert wurde. Auch Georg III., der den Krieg ursprünglich als ungerecht und blutig bezeichnet hatte, schwenkte angesichts der überwältigenden Zustimmung in der Bevölkerung um und nannte ihn gerecht und notwendig. Die hohen Kosten für den Krieg hatten die Erwartungen an einen profitablen Friedensvertrag gesteigert. Zu seinem Unglück hatte sich der Earl of Bute kurz vor Kriegsende politisch gerade durchgesetzt und sah sich nun mit den von Pitt noch geschürten Ansprüchen der Bevölkerung konfrontiert. Aus heutiger Sicht waren die Gebietsgewinne für England nach dem Frieden von Paris durchaus akzeptabel, das Parlament billigte den Vertrag allerdings nur knapp und die Bevölkerung lehnte ihn völlig ab. Politisch war Butes Rücktritt kein Verlust, denn trotz seines pompösen Auftretens war Bute politisch feige und schwach. Die Meinungsmache gegen ihn hatte vor allem John Wilkes in seiner Zeitschrift *The North Britain* (in Anspielung auf Butes schottische Herkunft) gesteuert, die gegen die von Tobias Smollett gerichtete Regierungszeitung *The Britain* gerichtet war.

Obwohl Schotten eine wichtige Rolle bei der Verwaltung und Verteidigung des Empire spielten, wurden sie in England nicht voll akzeptiert und standen im Ruf von „Wirtschaftsflüchtlingen“. Wilkes bediente in seiner Zeitschrift solche Klischees, konzentrierte sich aber vor allem auf den Frieden von Paris. In der Ausgabe Nr. 45 ging er schließlich zu weit, als er eine Thronrede Georg III. kritisierte, in der dieser den Vertrag guthieß. Obwohl Wilkes natürlich nicht den König persönlich sondern seine schlechten Ratgeber (*evil counsellors*) verantwortlich machte, bezichtigte er ihn doch der Lüge und drohte außerdem unterschwellig mit der Erwähnung des Revolutionsjahres 1648.

Außerdem kritisierte er das Ausmaß der königlichen Prärogative und verglich Georg III. mit den „machtbesessenen“ Stuarts. Dieser skandalöse Artikel machte die Ausgabe 45 des *North Britain* rasch zum Symbol des englischen Freiheitswillens.

### 2.1 Wilkes and liberty

John Wilkes war ein sehr unschöner Mensch, aber ein brillanter Gesprächspartner („It takes me only half an hour to talk my face away“). 1727 geboren, wurde er puritanisch erzogen und später auf einer dissenting academy erzogen. Diese privat finanzierten Hochschulen boten eine bessere Ausbildung als die anglikanischen grammar schools, deren Lehrplan noch aus dem 17. Jahrhundert stammte. Sein Vater, ein Brauereibesitzer, konnte ihm sogar ein weiteres zweijähriges Studium an der Universität Leiden ermöglichen. Ende 1740 heiratete Wilkes sehr günstig: Seine Frau brachte eine Mitgift von 100.000 £ und einen Landsitz mit in die Ehe. Die arrangierte Verbindung scheiterte an Wilkes Affären und seinem zügellosen Lebensstil. Seiner Ehefrau wurde nach der Scheidung nur eine Apanage von 200 £ zugestanden, um die sie teilweise noch vor Gericht streiten mußte, weil ihr Ex-Mann nicht zahlen konnte. Die puritanische Erziehung hatte in Wilkes das genaue Gegenteil bewirkt, er verschleuderte sein Geld bei Wetten, Pferderennen und Prostituierten, war Mitglied in mehreren berüchtigten Clubs (Hellfire Club, Sublime Society of British Beefsteaks, Madmen Abby) und tat auch nichts, um seinen Lebenswandel zu verheimlichen.

In den Clubs wurde er allerdings auch mit prominenten Politikern wie William Pitt bekanntgemacht. Ab 1757 saß er als Abgeordneter des Pitt-Flügels im Parlament, im April 1763 wurde er trotz seiner Immunität wegen des *North Britain* Nr. 45 verhaftet. Die Rechtsgrundlage stellte ein general warrant dar, ein Blanko-Haftbefehl gegen die mutmaßlichen Verfasser und Drucker der Zeitung, der erst eine Hausdurchsuchung ermöglichte. Im Mai wurde Wilkes gegen Kautionsfreilassung, im November erklärte das Parlament die Nr. 45 zur seditious libel und machte damit den Weg frei zu einer Anklage wegen Hochverrats. Obwohl so die Voraussetzungen zu einem Schauprozess mit Todesstrafe gegeben waren, konnte Wilkes sich durch seine Reden zum Volkshelden und Vorkämpfer der Freiheit stilisieren. In seiner ersten Ansprache vor Gericht bezeichnete er sich als glücklich, endlich vor einem ehrenwerten Gericht zu stehen und seine Beschwerden gegen die ministerielle Willkür vorbringen zu können. Diese dreiste Umkehrung der Verhältnisse fand Anklang und wurde in vielen Zeitungen nachgedruckt. Wilkes vermarktete seine politische Persönlichkeit und machte sich zum Beispielfall für die Lage der mittleren und unteren Schichten. Tatsächlich war er ein prominenter Politiker und Oberschichtler, in der Öffentlichkeit wurde er zum Opfer. Sogar die Richter konnte er beeindrucken, der Oberrichter sprach ihn frei und beurteilte sowohl seine Festnahme als auch die general warrants allgemein als illegal. Noch am Tag seiner Freilassung klagte Wilkes schriftlich alle an der Hausdurchsuchung Beteiligten des Diebstahls von Papieren aus seiner Wohnung an und erhielt mit anderen Beschuldigten insgesamt 4.000 £ Schadensersatz.

Am 4. November 1763 behauptete Samuel Martin, ein Anhänger Butes, im Parlament, er sei im *North Britain* persönlich angegriffen worden. Wilkes hatte nur zwei Möglichkeiten: Er konnte sich

entschuldigen oder die Beleidigung bestätigen und Martin indirekt zum Duell fordern. Er entschied sich natürlich für das letztere, bestätigte seine Autorenschaft im *North Britain* (die zwar allen bekannt, aber nicht offiziell erwiesen war) und nannte Martin einen Feigling. Martin reagierte mit der Einladung zum Duell im Hyde Park mit Pistolen. Duelle waren zu dieser Zeit zwar gesetzlich verboten, aber sehr verbreitet. Es ging meist um politische Auseinandersetzungen oder Fragen der Ehre (seltener um Religion, Frauen oder Latein). Bei dem Schußwechsel im Hyde Park wurde Wilkes in den Bauch getroffen. Er und Martin bestätigten sich gegenseitig, ehrenwerte Männer zu sein und über den Fall Stillschweigen zu bewahren. Wilkes überlebte die Verletzung, mußte aber wegen seiner Beteiligung am Duell nach Paris fliehen, von wo er sein Image als selbstloser Volksheld pflegte. Trotz seines luxuriösen Lebens in Paris nannte er sich „verfolgt von Folter“ und kam damit durch. Seine politischen Ziele hielt er wohlweislich vage, er berief sich vor allem auf die alte Verfassung und die *Magna Charta*.

## 2.2 Die Middlesex-Krise

1768 mußte Wilkes wegen seiner großen Schulden nach England zurückkehren, obwohl ihm dort weitere Prozeß Probleme drohten. Während der Hausdurchsuchung 1763 war eine obszöne Schrift (*Essay on Woman*) bei ihm gefunden worden, die als blasphemisch galt. Bereits 1764 schloß das Parlament ihn deshalb aus, ein Gericht erklärte ihn für vogelfrei. Wilkes' Bemühen um Begnadigung bei Georg III. war natürlich aussichtslos, der König haßte den Politiker von ganzem Herzen. Deshalb mußte sich Wilkes in England rasch um ein Parlamentsmandat bemühen, um seine gerichtlich verfügte Rechtlosigkeit auszugleichen. Seine erste Kandidatur in Groß-London im Februar scheiterte, ein weiterer Versuch in Middlesex (dem Kern von London) war erfolgreich. Die folgende Verhaftung verletzte damit die Immunität eines Abgeordneten und traf außerdem einen Volkshelden. Mittlerweile gab es eine politisch interessierte Öffentlichkeit, die sich über die in *coffee shops* ausliegenden Zeitungen informieren konnte. Die Nachricht von Wilkes' Verhaftung führte deshalb zu Unruhen. Wilkes war der Anlaß, aber nicht die einzige Ursache der Wut, die sich in gewalttätigen Demonstrationen entlud. Am 10. Mai 1768 setzte die Regierung Truppen gegen die Demonstranten ein und lieferte Wilkes damit eine propagandistische Vorlage. Jeder freie Engländer hegte eine Abneigung gegen ein stehendes Heer, das im Dienste eines Tyrannen die englische Freiheit bedrohen konnte. Angesichts von 11 Toten, die von der Armee vor seinem Gefängnis erschossen worden waren, sprach Wilkes vom *Massacre of St. John's Field* und klagte die Regierung an. Wegen eines Formfehlers wurde er freigelassen, seine Vogelfreiheit wurde aufgehoben. Kurz darauf verurteilte ihn derselbe Richter aufgrund seines *Essay on Woman* zu 22 Monaten Haft. Anfang 1769 war Wilkes somit gleichzeitig Parlamentarier und Häftling, wenn auch unter sehr angenehmen Haftbedingungen. Er erhielt Unterstützung und Geschenke von anderen Häftlingen, aber auch von Politikern und sogar vom Abgeordnetenhaus in South Carolina. Um diesen Zustand zu beenden, schloß das Parlament ihn im Februar 1769 mit Zustimmung Georg III. erneut aus. Für dieses Vorgehen gab es zwar einen Präzedenzfall, doch der betraf einen unpopulären und korrupten Hinterbänkler. Das Problem verschärfte sich, als Wilkes in Middlesex wiedergewählt wurde, noch zweimal abgesetzt

und zweimal gewählt wurde. Am 13. April 1769 erklärte das Parlament die Wahl für ungültig und bestimmte den eindeutig unterlegenen Henry Lord Luttrell zum Abgeordneten. Gegen dieses völlig illegitime Vorgehen gab es Widerstand in ganz England, mehr als 25% der Wähler unterzeichneten für Wilkes Freilassung, die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Mitglieder der Oberschicht gründeten die Society of the Supporters of the Bill of Rights zur Aufrechterhaltung der Freiheit und zur Unterstützung Wilkes', distanzierten sich aber von seinen privaten Eskapaden. Die Society war die erste außerparlamentarische Organisation. Währenddessen lief die Vermarktung des prominenten Häftlings auf Hochtouren: Es gab Wilkes-Tassen und Aschenbecher, Balladen zu seinem Ruhm und Biographien mit verschiedenen Schwerpunkten (politisch bzw. anekdotisch). Diese populistische Strategie führte zur Spaltung der Society. Die 1771 gegründete Constitutional Society hatte keine Kontakte mehr zu Wilkes.

### 2.3 Die Junius-Briefe

Zwischen 1769 und 1772 erschienen, zunächst im *Public Advertiser* in London, eine Reihe von Briefen unter dem Pseudonym Junius, die die Vereinigung der oppositionellen Gruppen propagierten. Junius blieb in seinen Zielvorstellungen äußerst vage, schlachtete aber konkrete Ereignisse in der Politik aus. Er wurde überall nachgedruckt und fand bis zu 100.000 Leser. Das Problem, daß alle aktuellen Themen mit der umstrittenen Person Wilkes' verknüpft waren, umging er, indem er von Wilkes abstrahierte und nach den Verantwortlichen für die Instabilität der Politik suchte: Er deutete alle umstrittenen Regierungshandlungen als Verschwörung mit dem Ziel, die Prärogative auszuweiten. So müsse die Nominierung Luttrells an Wilkes' Stelle zwangsläufig zu einem Marionettenparlament führen. Auch der 1774 geäußerte Vorschlag, das Parlament einfach aufzulösen, deutete Junius als Schritt zur Despotie. Trotz dieser Vorwürfe hielt er sich mit Lösungsvorschlägen sehr zurück und berief sich stattdessen auf allgemein akzeptierte Schlüsselbegriffe wie *liberty*, *property*, *birthrights of Englishmen* (ein populäres chauvinistisches Schlagwort) und *liberty of the press* (die seit 1695 nicht mehr der Vorzensur unterlag). So erreichte er, daß das Parlament seine Weigerung seit 1768, eine Parlamentsberichterstattung zuzulassen, sechs Jahre später aufgeben mußte und die verhafteten Drucker freigelassen wurden.

Inhaltlich waren die Briefe nicht radikal, rhetorisch dagegen führten sie einen neuen Stil in der Politik ein. Während bis in die 1760er Jahre Kritik grundsätzlich nur an bestimmten Maßnahmen, nicht an den Verantwortlichen geübt wurde (*not men, but measures*), konnte Junius unter dem Mantel der Anonymität sogar das Privatleben seiner Gegner kritisieren. Normalerweise ließen persönliche Angriffe den Angreifer selbst niedrig und rachsüchtig erscheinen, außerdem hätte ihm ein Duell oder sogar eine Anklage gedroht. Junius war das Ansehen seiner politischen Gegner egal, er beleidigte parlamentarische gentlemen wie Mitglieder der Unterschicht. Sogar dem König drohte er offen und verlangte seine Bestrafung wegen der Verfolgung von Wilkes. Dieser neue Stil setzte sich rasch durch, in den 1780er Jahren war es nicht mehr ungewöhnlich, seine Feinde persönlich zu diffamieren.

Seit 1763 hatte sich damit eine öffentliche Meinung gebildet, John Wilkes hatte die Vermarktung der Politik erfunden, die Unterschichten waren politisch mobilisiert worden, es hatten sich außerparlamentarische politische Organisationen gebildet und die politische Rhetorik war durch Junius direkter geworden.

### 3 Der Bruch mit den nordamerikanischen Kolonien: Die Eskalation der Krise

#### 3.1 Die Ausgangslage

Als problematische Kolonien galten um 1760 eigentlich nur Indien und eventuell Irland, die nordamerikanischen Besitzungen wurden von guten Engländern bewohnt und waren auch im siebenjährigen Krieg äußerst loyal. Britische Kolonien gab es zu diesem Zeitpunkt nur an der amerikanischen Ostküste, auf den westindischen Inseln und in Kanada. Diese plantations waren sehr unterschiedlich geprägt: In South Carolina wohnten hauptsächlich anglikanische, stark hierarchisch organisierte Sklavenhalter, in Neuengland lebten dagegen egalitäre Puritaner, die keine Sklaven hielten. Auf den westindischen Inseln gab es außer den von Sklaven bewirtschafteten Plantagen kaum eine Siedlungskultur. Alle Kolonien waren völlig auf England ausgerichtet. Politisch waren sie abhängig von den charters, den vom König verliehenen Privilegien zur Besiedlung des Landes. Damit blieben die Siedler britische Bürger mit allen Rechten und Pflichten. Politische Alltagsfragen wurden allerdings nicht vom Londoner Parlament, sondern von den assemblies der Siedler entschieden, unter der Bedingung, daß ihre Entscheidungen britischen Gesetzen nicht widersprachen und nachträglich vom Parlament gebilligt wurden. Als Vertreter des Parlaments fungierte ein von London bestimmter Gouverneur. Untereinander kommunizierten die Kolonien kaum, sie ließen ihre Einzelinteressen in London durch Lobbyisten (agents) vertreten und standen in Konkurrenz zu ihren Nachbarn um Zölle und Privilegien.

Die ersten Veränderungen dieses Systems wurden in London beschlossen. Nach dem siebenjährigen Krieg gab man die Politik der wohlwollenden Vernachlässigung (salutory neglect) zugunsten einer Straffung und Vereinheitlichung der Verwaltung auf. Sämtlicher Handel mußte über England laufen, der Bedarf an Manufakturwaren mußte in England gedeckt werden. Davon profitierte die Krone, die mit den Schulden aus dem siebenjährigen Krieg belastet war, und die englischen Händler. Die systematischere Verwaltung der Kolonien war durch die Vergrößerung des Kolonialgebietes notwendig geworden, erregte bei den Siedlern allerdings zusammen mit den ständig wechselnden Vorgaben der verschiedenen Londoner Regierungen Unmut.

#### 3.2 Die Herausbildung politisch unterschiedlicher Positionen in den Kolonien und in England

Zu den Kosten des siebenjährigen Krieges gab es zwei grundsätzliche Positionen: die „englische“, nach der der Krieg vor allem der Sicherung der Kolonien gedient hatte und deshalb auch von ih-

nen bezahlt werden mußte, und die „amerikanische“, nach der die Kolonien während des Krieges durch das Stellen von Geld und Soldaten ihre Pflicht getan hatten und nicht weiter belastet werden durften. Sowohl in England als auch in den Kolonien gab es Vertreter beider Positionen. Über den wirtschaftlichen Nutzen, den die Kolonien für England haben sollten, bestand Einigkeit, allerdings wollten die Kolonien neben den Zöllen und den billigen Rohstoffen keine weiteren Abgaben leisten. Interne Steuern sollten nur von den assemblies beschlossen werden. Dieser Auffassung stand der Status der Siedler als britische Bürger, die dem Parlament gehorsamspflichtig waren, entgegen. In der petition of rights waren König und Parlament gemeinsam zur Steuerfestsetzung für alle Untertanen berechtigt, die kolonialen charters waren dagegen uneindeutig. So wurde in der charter von Pennsylvania dem König ausdrücklich das Recht zugestanden, Steuern zu erheben, in anderen charters dagegen nicht. Die Rechtsposition der Kolonisten war deshalb ziemlich unsicher, andererseits konnten sie sich auf das im englischen Recht wichtige Gewohnheitsrecht (Zölle, aber keine Steuern) stützen. Der Konflikt beruhte somit auf einem Verfassungsproblem, die Kriegskosten waren nur der Anlaß.

### 3.3 Politische Maßnahmen von 1763 bis 1776

Nach dem Krieg beließ England 10.000 Soldaten als „Befriedungsheer“ in Kanada, was die Kolonisten wegen der Kosten, aber auch wegen der englischen Abneigung gegen ein stehendes Heer mißtrauisch machte. Als nächste Maßnahme folgte eine königliche Proklamation, die jedes Siedeln westlich der Appalachen verbot, womit vor allem die Gesellschaften, die mit diesem Land bereits gehandelt hatten, getroffen wurden. Damit sollten die kooperierenden Indianerstämme belohnt werden, de facto wurde die Siedlungsgrenze in den nächsten Jahren immer weiter nach Westen verschoben. 1764 wurde der currency act verabschiedet, der den Kolonien die Ausgabe von Papiergeld verbot und zur Deflation führte. Der im gleichen Jahr beschlossene sugar act sah zwar eine Senkung des Zolls auf Melasse um 50%, aber auch eine echte Kontrolle der Einfuhren und die Verurteilung von Schmugglern vor einem Vizeadmiralsgericht vor. Bisher hatten die amerikanischen Jurygerichte Schmuggler äußerst milde behandelt, da die neuenglischen Kolonien auf billige Melasse angewiesen waren. Der stamp act von 1765 schrieb eine kostenpflichtige Genehmigung sämtlicher Druckerzeugnisse vor, die benötigte Bürokratie sollten die Siedler zahlen, Verstöße wurden wiederum von einem Vizeadmiralsgericht beurteilt. Unter dem Motto no taxation without representation zogen die Kolonisten gegen diese verdeckte Steuer ins Feld und protestierten erstmals gegen dasselbe Gesetz (ohne jedoch zusammenzuarbeiten). Der quartering act (1765) schließlich forderte die Stellung von Unterkünften für Soldaten, was in England schon seit 1628 verboten war. Es gab Proteste auf allen Ebenen, Resolutionen wurden verabschiedet, die gewalttätigen Sons of Liberty verfolgten Steuereintreiber und boykottierten englische Waren (non-importation), bis die um ihren Profit fürchtenden englischen Händler beim Parlament intervenierten. 1766 wurde der stamp act zurückgenommen und stattdessen der declaratory act verabschiedet, der das grundsätzliche Recht des Parlaments bestätigte, Gesetze für die Kolonien zu beschließen. Diese politische Dummheit wurde von den Kolonisten als Absichtserklärung verstanden, obwohl der declaratory act aus englischer Sicht

nur eine Selbstverständlichkeit formulierte. Die Siedler dagegen fühlten sich dem König unterstellt. Ihre charters stammten größtenteils aus dem 17. Jahrhundert, in dem das Parlament noch keine große Rolle spielte und die Kolonien eine königliche Angelegenheit waren.

In der aktuellen Situation war es deshalb nur folgerichtig, daß sich die Siedler mit der Bitte an den König wandten, er möge sie als seine Untertanen schützen und das Parlament zur Ordnung rufen. Ihre Initiative blieb wegen der prinzipiellen Haltung Georg III. erfolglos, es wurden sogar weitere Abgaben auf Tee, Glas, Blei, Farben und Papier (die die Kolonisten aus England importieren mußten) erhoben. Außerdem waren weiterhin britische Soldaten in Nordamerika stationiert. Trotz der brisanten Situation kam es erst 1770 zu Zusammenstößen zwischen Soldaten und Kolonisten: Beim Boston Massacre reagierten 1770 britische Truppen auf Steinwürfe mit Schüssen, fünf Kolonisten starben. Obwohl es keinen Schießbefehl gegeben hatte, wollte London nach diesem Vorfall die Abgaben zurücknehmen, um die Atmosphäre zu entspannen. Eine Abstimmung im Kabinett ergab allerdings eine knappe Mehrheit (5:4 Stimmen) für die Beibehaltung der Steuern.

Der Krieg entzündete sich schließlich an der Teefrage. Durch den Boykott der Kolonien drohte die East India Company, die große Teebestände angehäuft hatte, bankrott zu gehen. 1773 erließ die britische Regierung deshalb einen neuen tea act, der die Zölle stark reduzierte. Gleichzeitig wurde der navigation act, nach dem aller Handel über London laufen mußte, aufgehoben. Der direkte und kaum besteuerte Handel zwischen Indien und Nordamerika ließ die Teepreise so stark sinken, daß der Schmuggel unprofitabel wurde und die Boykotteure unter Druck gerieten. Deshalb wurde im Dezember 1773 bei der Boston Tea Party eine Schiffsladung Tee der East India Company von als Indianer verkleideten radikalen Siedlern ins Wasser geworfen. Auf die Vernichtung britischen Tees im Wert von 10.000 £ reagierte London mit vier Zwangsgesetzen (coercive acts), die sich speziell gegen Boston und den Staat Massachusetts richteten. Eine weitgehende Blockade des Bostoner Hafens und das Verbot der Ausfuhr von Waren sollte die Siedler zwingen, Schadensersatz für die zerstörte Schiffsladung Tee zu leisten. Außerdem wurden die charters der Kolonien aufgehoben: Künftig konnte der König beide Parlamentskammern ernennen, die assemblies sollten dagegen nur noch einmal jährlich stattfinden. Auch die Rechtsprechung und die Einsetzung von Sheriffs und Geschworenen war wieder königliches Recht; Strafprozesse konnte der britische Gouverneur in eine andere Kolonie oder nach England verlegen. Auch der quartering act (Siedler hatten für die Unterkünfte der Soldaten zu sorgen) wurde erneut bestätigt. Die Tendenz, die Kolonien wieder ganz der englischen Macht zu unterwerfen, war unverkennbar. Hinzu kam eine politische Ungeschicklichkeit: Während in England und in fast allen Kolonien Katholiken als Staatsfeinde betrachtet wurden, waren die französischsprachigen Katholiken um Quebec in der Mehrheit. Deshalb wurde die katholische Kirche in Kanada anerkannt, was die durchgängig protestantischen nordamerikanischen Kolonien aus religiösen Gründen ablehnten. Der Quebec act erweiterte nun das Gebiet von Quebec auf Kosten der übrigen Kolonien.

1774 kam es deshalb auf dem Kontinentalkongreß zu einem ersten Zusammenschluß der Kolonien gegen England, nur Kanada, Florida und die westindischen Inseln beteiligten sich nicht. Die übrigen zwölf Kolonien beschlossen nunmehr offiziell einen Boykott britischer Manufakturwaren.

England reagierte mit der Verlegung weiterer Truppen, am 19. April 1775 wurden die ersten Schüsse abgegeben. Auf dem zweiten Kontinentalkongreß am 10. Mai in Philadelphia (nun mit Florida) wurde der Act of Union, ein letzter Kompromißvorschlag, verworfen. Fast alle Pamphlete der damaligen Zeit werteten die Auseinandersetzung als Familienstreit zwischen der „Mutter“ Großbritannien und den „Kindern“, den Kolonien. John Locke verwies darauf, daß die natürliche Autorität der Eltern ende, wenn die Kinder erwachsen würden. Weil die nordamerikanischen Kolonisten sich also aufgrund von Kultur und Sprache durchaus als Engländer fühlten, war die Gefahr eines echten Krieges zunächst gering; schließlich wollte man nicht gegen das eigene Land kämpfen. Andererseits betrachteten die tugendhaften Siedler das Mutterland mit Mißtrauen. Das Bild England als zwar reiches, aber korruptes Land übernahmen die Kolonisten von einem radikalen englischen Politiker. Darüber hinaus gab es natürlich verschiedene Verschwörungstheorien, die von einer geplanten Versklavung der freien Amerikaner durch Parlament und Regierung kündeten. Schließlich wandte man sich auch vom König, der 1760 noch begeistert gefeiert worden war und dem die Vernachlässigung seiner Schutzpflicht vorgeworfen wurde, ab. Der Engländer Thomas Paine veröffentlichte im Januar 1776 nach den ersten Kämpfen eine Schrift mit dem Titel *Common sense*, in den er nicht nur die Monarchie, sondern auch Georg III. persönlich anklagte und für eine Republik eintrat. Mit solchen Ansichten war er in England auch unter den Radikalen ein Außenseiter und wanderte bald nach Amerika aus. Dort wirkte *Common sense* bahnbrechend, Georg III. wurde nun nicht mehr als gütiger Vater des Empire betrachtet, sondern als Tyrann, aus dessen Herrschaftsbereich man sich lösen wollte. Die Abwendung fand ihren Höhepunkt mit der Unabhängigkeitserklärung, die von dem erst 33jährigen Thomas Jefferson aufgesetzt und am 4. Juli 1776 angenommen wurde. Allerdings war die Erklärung eher ein Propagandamittel im Krieg, denn etwa ein Drittel der Amerikaner stand loyal zum König, ein weiteres Drittel war sich unsicher. Andererseits gab sie den Kolonien auch den Status einer kriegführenden Nation und damit die Möglichkeit zu Bündnissen etwa mit Frankreich.

Die dritte Funktion war das Aufsetzen eines Grundrechtskatalogs als Fundament der neuen Nation. Im ersten Teil der Erklärung (etwa ein Drittel des Textes) wurde die politische Philosophie der Siedler zusammengefaßt. Sie bestand aus einem Gemisch von englischen Grundrechten, Standpunkten der britischen Opposition und Anleihen bei der Aufklärung (Locke, Rousseau): Alle Menschen (d.h. alle weißen Männer) seien gleich geschaffen und hätten unveränderliche Rechte, neben Leben und Freiheit auch die *pursuit of happiness*. Eine Regierung sei von den Regierten dazu eingesetzt, diese Rechte zu sichern, und könne bei Mißbrauch ihrer Macht des Amtes enthoben werden. Der zweite Teil war eine ausführliche Anklage gegen Georg III., dem die Eigerung, Gesetze zu unterzeichnen, die Auflösung von assemblies, die Entziehung der charters und die Entsendung von Soldaten vorgeworfen wurden. Allerdings waren fast alle Maßnahmen (außer den Soldaten) unbestrittene Rechte des Königs, andere Vorwürfe waren unzutreffend. Daß Georg III. sich tatsächlich persönlich um ein militärisches Eingreifen in Amerika bemühte, konnten die Siedler nicht wissen. Den König trieb die Furcht, nach den nordamerikanischen alle Kolonien zu verlieren, deshalb handelte er starrsinnig und prinzipiell, ohne die politische Situation zu berücksichtigen. Trotz ihrer dubiosen Grundlage kam die Anklage gegen den König bei den Siedlern an, und der Haß der Kolonisten machte sich in symbolischen Handlungen Luft: Statuen Georg III. wurden niedergerissen, Straßen umbenannt.

Im Krieg kämpften auf beiden Seiten auch Frauen, selten als reguläre Soldaten, häufig aber als Versorgungsleute und bei der Verteidigung ihrer Häuser. Die kolonieübergreifende Organisation der amerikanischen Truppen war allerdings äußerst schlecht, ihre Operationen beschränkten sich meist auf die Heimatkolonie. Gleichzeitig wurden in Satiren die schlechten britischen Soldaten karikiert und George Washington zum Mythos und großen Feldherrn verklärt. Schließlich entschied sich der Krieg 1781 für die Amerikaner, 1783 wurde in Paris ein Frieden geschlossen, den der König unterzeichnen mußte. Die nun unabhängigen Kolonien schloß England sofort vom lukrativen Handel aus. Da der Staatenbund sehr lose war, konnten sich die einzelnen Kolonien auch nicht gegen Vertragsbrüche wie die weitere Stationierung von britischen Soldaten wehren. Erst 1789 wurde ihr Zusammenhalt enger und ihre Macht größer.

#### 4 Die innen- und außenpolitischen Konsequenzen der Amerikanischen Revolution

Die amerikanische Revolution wurde zum Katalysator für radikales Gedankengut in England. Verfassungsprobleme wie die Frage nach dem Souverän (King in parliament oder das Volk) wurden diskutiert. Zwar konnte die Regierung ihren repressiven Kurs weiter halten, aber in den 1770er Jahren gab es große Sympathien für die amerikanischen Siedler, die ja auch freie englische Bürger waren. Im Parlament herrschten drei verschiedene Auffassungen:

- Die konservative Regierungsposition, die sämtliche Maßnahmen für richtig und Zwang für notwendig erklärte.
- Die „Pitt-Position“ (hinter der auch mächtige Politiker standen), nach der das Naturrecht und das britische Recht auf Seiten der Siedler war.
- Die mittlere Position der Rockingham-Whigs, die dem Parlament zwar grundsätzlich das Recht auf Zwang einräumte, aber aus pragmatischen Gründen zur Zurückhaltung und zur Rückkehr zum System der 1760er Jahre riet.

Die radikale Auffassung Pitts wurde auch außerhalb des Parlaments unterstützt, Londoner Zeitschriften veröffentlichten sogar während des Kriegs Spendenlisten für die Kolonien. In London wurden 1775 unter dem Bürgermeister John Sawbridge sogar häufig deportierte amerikanische Soldaten freigelassen. Sawbridges Schwester, Catherine Macaulay, hatte viele Kontakte zu amerikanischen Politikern und großen publizistischen Einfluß, den sie auf Bitten der Amerikaner oft geltend machte, indem sie amerikanische Pamphlete verbreitete und proamerikanische Schriften verfaßte. Der Krieg brachte die Radikalen allerdings in die schwierige Situation, mit dem Kriegsgegner zu sympathisieren. Kurz nach der Boston Tea Party errangen deshalb die Konservativen im Frühjahr 1775 einen überwältigenden Wahlsieg. Trotzdem appellierte Edmund Burke von der Rockingham-Fraktion eher akademisch auf 230 Seiten an die britische Großzügigkeit, während die radikale Macaulay eher auf den Egoismus der Engländer zielte und ein Übergreifen der Regierungsdespotie auf England in Aussicht stellte. Ihre an die Unterschichten gerichtete 16-seitige Schrift wurde sofort in mehreren

Auflagen verbreitet. Andere Radikale ahmten sie nach und arbeiteten mehrere Forderungen heraus: Die Nicht-Wahlberechtigten sollten sich engagieren, die Parlamentsperioden sollten von sieben auf drei Jahre (oder sogar auf ein Jahr) verkürzt werden und man wollte das „imperative Mandat“ einführen. Weder vorher noch später hätte eine solche Idee Aufmerksamkeit gefunden, aber Mitte der 1770er Jahre wurde der Vorschlag, ein Abgeordneter könne vom Wähler auf ein bestimmtes Programm verpflichtet werden, ernstgenommen. Der konservative Samuel Johnson meinte, die Wähler seien zu dumm für Politik und der Abgeordnete müsse sie vor sich schützen, aber auch der gemäßigte Edmund Burke meinte, ein Abgeordneter werde zwar in einem Wahlkreis gewählt, sei dann aber für das öffentliche Wohl von ganz England verantwortlich, die Berücksichtigung von Einzelinteressen wäre Betrug. Damit wurde die Volkssouveränität deutlich abgelehnt.

#### 4.1 Die Bedeutung der amerikanischen Revolution für das englische Repräsentationssystem

Die Konservativen beriefen sich bei der Ablehnung des imperativen Mandats auch auf die Antwort, die sie der amerikanischen Parole *No taxation without representation* entgegengestellt hatten. Zwar könnten die Amerikaner nicht faktisch Abgeordnete ins Parlament schicken, sie seien aber „virtuell“ vertreten (*virtual representation*). Auch in England sei jeder Bürger steuerpflichtig, ohne daß auch jeder wahlberechtigt wäre, argumentierte Johnson (der von der Regierung für seine Schriften bezahlt wurde) und Burke fügte hinzu, daß Parlament habe „imperialen Charakter“, sei also im ganzen frei von lokalen Beschränkungen. Diese korrekte Argumentation verwandten die Radikalen gegen ihre Feinde: Sie forderten ein Ende der *virtual representation* auch in England und eine Wahlrechtsreform. Die *Middlesex-Krise* war fünf Jahre zuvor einfach ausgesessen worden, nun wurde die Problematik erneut deutlich: Das Parlament hatte die absolute Macht, die Öffentlichkeit war fast machtlos. Die Angst vor parlamentarischer Despotie mündete in Krisenstimmung.

Seit 1649 war die Volkssouveränität ein rein rhetorisches politisches Schlagwort, erst jetzt wurde sie der außerparlamentarischen Opposition, aber auch von den Radikalen im Parlament eingefordert. Neben dem imperativen Mandat verlangte man konkret jährliche Neuwahlen (seit 1760 brachte John Sawbridge regelmäßig entsprechende Anträge im Parlament ein), eine Neuordnung der Wahlbezirke und eine Ausweitung des Wahlrechts. Die Neuordnung der Wahlbezirke war seit 1771 ein politisches Anliegen, am 21. März 1776 hielt John Wilkes (nach seiner Haftentlassung ordentlicher Abgeordneter) eine entsprechende Rede im Parlament. Er bezug sich auf die ungerechte und parteiische Verteilung der Wahlbezirke, von denen einige wie *Old Sarum* ganz ohne Wähler waren. In diesen *pocket boroughs* oder *rotten boroughs* konnten die zuständigen Patrone einen Kandidaten nominieren, der ohne Wahl ein Mandat erhielt. Ursache dieses absurden Zustands war die demographische Verschiebung innerhalb Englands: z.B. hatten im Mittelalter viele wegen ihrer Zinnvorkommen wichtige Orte in Cornwall vom König zwei Mandate zugeteilt bekommen. Später verfielen die Gemeinden und starben aus, ohne daß die Mandate eingezogen worden wären. Um aber das Parlament aus praktischen Gründen nicht zu stark zu vergrößern, wurden seit dem 17. Jahrhundert keine neuen Mandate vergeben, so daß Städte wie London stark unterrepräsentiert waren. Wilkes stellte in seiner Rede ein Rechenbeispiel auf, in dem er sich auf die absolute Parlamentsmehrheit

von 254 Sitzen bezog. Er kam zu dem (richtigen) Schluß, daß 254 Abgeordneten von 5723 Wählern aus leeren oder sehr kleinen Wahlbezirken gewählt wurden. Sein Vorschlag war, alle rotten boroughs (und die sehr kleinen) abzuschaffen und die Mandate gleichmäßig zu verteilen, so daß jedem Sitz im Parlament ungefähr die gleiche Anzahl von Stimmen entspräche. Unterstützt wurde Wilkes außerparlamentarisch von John Cartwright, einem ehemaligen Major der Armee, der wegen des amerikanischen Krieges das Heer verlassen hatte. Die Gegner Wilkes', die Konservativen und die moderaten Whigs, bestritten nicht die Notwendigkeit einer Reform, führten die Debatte aber auf einer andere Ebene: Sie zählten die Mandate der rotten boroughs zum Eigentum der Patrone und berieten deshalb über die Höhe etwaiger Entschädigungszahlungen. Ihr Hauptargument war allerdings, das eine solche Reform nicht in Kriegszeiten begonnen werden sollte.

Die Ausweitung des Wahlrechts war viel umstrittener. Auf dem Land galt ein Mindesteinkommen von 40 Schilling pro Jahr als Qualifikation für das passive Wahlrecht, in den städtischen boroughs war das Wahlrecht durch königlichen Erlaß geregelt: Teilweise durfte jeder Hausbesitzer oder Steuerzahler wählen, teilweise nur die Mitglieder des Stadtrates. Angehörige der Unterschichten hielt man grundsätzlich für unqualifiziert, nicht nur wegen ihres Analphabetismus, sondern auch wegen ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, denn Wahlen waren öffentlich. Auch in den amerikanischen Kolonien trat z.B. John Adams für eine Eigentumsqualifikation beim Wahlrecht ein. Trotz der propagierten Unabhängigkeit war die Stimmabgabe im 18. Jahrhundert in England stark von gegenseitigen Beziehungen abhängig, für die „richtige“ Wahl gab es von den reichen Patronen besondere Zuwendungen, häufig wurde auch eine Wahl als rauschendes Fest inszeniert. Die alkoholisierten Wähler lieferten sich auch Schlägereien vor den Wahllokalen und hinderten die Gegenseite an der Abgabe ihrer Stimmen. Zusammen mit einem Besuch des Patrons in den Häusern seiner wahlberechtigten Klienten bildeten Wahlen eine Art Karneval. In den 1770er Jahren änderte sich diese Einstellung, die Wahl wurde als unabhängiger politischer Akt betrachtet. Parallel dazu lockerten sich alte Klientelverbindungen und erleichterten die Erneuerung. Gleichzeitig traten Radikale wie Cartwright auf und forderten Bürgerrechte als Naturrecht, d.h. als Recht jedes erwachsenen Mannes. Die gesamte Bevölkerung sollte ihren politischen Willen in Wahlen äußern können. Wilkes unterstellte, daß jeder männliche Hausvorstand einen gewissen Einblick in politische Zusammenhänge habe, die ihn für das Wahlrecht qualifizierten. Die Reaktionen auf diese revolutionären Ideen seitens der Konservativen waren vor allem herablassend: Nach den radikalen Vorstellungen, so spottete der Abgeordnete Jenyns, dürften auch Vagabunden, Kriminelle und Geisteskranke, ja selbst Frauen und Kinder wählen. Schwangere Frauen müßten deshalb sogar zwei Stimmen abgeben dürfen. Das beste Argument war tatsächlich das Frauenwahlrecht, das nach den radikalen Theorien ebenso naturgegeben sein sollte, von allen politisch Aktiven aber einmütig abgelehnt wurde. Auch für eine Ausweitung des Männerwahlrechts war die Zeit noch nicht reif; immerhin wurden die radikalen Ideen schon diskutiert.

Während gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Amerika und Frankreich revolutionäre Bewegungen entstanden, blieb es trotz aller politischen Konflikte in England selbst ruhig. Die Gründe waren der militärische Konflikt mit den Kolonien in den 70er Jahren und ein die Konservativen stützendes allgemeines Krisengefühl in den 80er Jahren. Das Bedürfnis nach grundlegenden Reformen wurde von

der Angst vor einem Umsturz überwogen. Zu dieser Angst trugen ungewollt auch die Konservativen bei. 1780 wurden den Katholiken per Parlamentsbeschluss mehr Rechte zugestanden. Dagegen mobilisierte Lord Gordon eine Protestbewegung, die in einer Demonstration von fast 100.000 Bürgern vor dem Parlament endete. Angesichts der gespannten Lage setzte das Parlament den Demonstranten nicht, wie im riot act vorgesehen, eine Frist von einer Stunde, um danach Militär einzusetzen, sondern wartete fünf Tage lang ab. Während dieser Zeit brandschatzte und plünderte der versammelte Mob in London, zunächst katholische Kirchen und Häuser, später jedes beliebige Gebäude, bevorzugt Brauereien. Ehrbare Bürger flohen während der Gordon Riots aus London, und die Initiativen für ein Wahlrecht der Unterschichten waren gründlich diskreditiert. Ausgerechnet während der Ausschreitungen trug der Duke of Richmond eine Gesetzesvorlage mit dem Titel „Gesetz zur Erklärung der natürlichen und unveränderlichen Rechte der einfachen Leute in ganz England“ im Oberhaus vor; er wurde ausgelacht.

Zwar konnten die Radikalen sich mit keiner ihrer Forderungen durchsetzen, ihre Ideen ermöglichten aber einen Bruch mit alten Vorstellungen. Angestoßen wurde die Diskussion vom Widerstand der nordamerikanischen Kolonien, zu einem erfolgreichen Abschluss im Sinne der Demokratie und Volkssouveränität kam sie erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

## 5 Adesherrschaft, soziale Hierarchie und die neue Macht der mittleren Schichten

### 5.1 Bild des Adels – Macht des Adels

Im Mai 1778 wurde in Philadelphia ein mittelalterliches Ritterturnier veranstaltet mit drei Mannschaften zu je sieben Rittern. Man kämpfte mit Lanzen und Schwertern und beendete das Schauspiel erst, als 14 Jungfrauen in seidenen Gewändern die Ritter um Frieden baten. Anschließend versammelten sich Ritter, Jungfrauen und Zuschauer zum Ball in einem verspiegelten Saal. Der Anlass für dieses seltsame Schauspiel war die Verabschiedung des Kommandeurs der britischen Truppen in Nordamerika nach einer verlorenen Schlacht, Hintergrund war die Besinnung auf alte Werte in schwieriger Zeit. In England ließen sich Adelige zu dieser Zeit bevorzugt in Ritterrüstungen abbilden.

Das öffentliche Bild des Adels war allerdings von anderen Darstellungen bestimmt. Exemplarisch war das Verhalten des 1762 geborenen Thronfolgers, des späteren Königs Georg IV. Sein Vater versuchte, ihn zu einem Staatsmann zu machen und kritisierte ihn ständig, während er selbst sich vor allem um Wein und Frauen kümmerte. Seine Affäre mit einer verheirateten Schauspielerin stürzte ihn in tiefe Schulden, als sie drohte, ihre Geschichte zu veröffentlichen und Schweigegeld forderte. Sein Versuch, diese Schulden bei Pferdewetten zu begleichen und sein Hang zu schloßähnlichen Bauten verschlimmerten seine Situation. 1784 kam die Wende: Georg verliebte sich in der bürgerliche, verwitwete Katholikin Maria Fitzherbert und heiratete sie heimlich, da dem englischen Thronfolger offiziell eine anglikanische Ehe vorgeschrieben war. Die Öffentlichkeit nahm an, er

habe nun eine permanente Mätresse und war zufrieden. Mitte der 90er Jahre aber forderte das Parlament endlich eine Heirat und einen Thronfolger. Georg willigte ein und ließ eine standesgemäße Braut suchen. Die Wahl fiel auch Prinzessin Caroline von Braunschweig, deren exzentrisches und ordinäres Verhalten ihr ein bisher ungekanntes Medienecho sicherte. Als der Thronfolger seine Braut am 5. März 1775 zum ersten Mal sah, wurde ihm schlecht. Trotzdem gelang es ihm, einen Sohn zu zeugen, der allerdings erst nach der Trennung von Caroline geboren wurde. Auch seine Schwester Caroline Mathilde trug zum Imageverlust des Adels bei: Sie hatte eine Affäre mit einem Minister ihres Mannes, des Königs von Dänemark, und ließ sich in flagranti erwischen.

Skandale wegen Ehebruch und Bigamie in Kreisen des Adels waren ein ständiges Thema in der Presse, und obwohl die Mehrheit des Adels den Idealen der Zeit mehr oder weniger entsprach, galt die Aristokratie als libertinär und unmoralisch. Darüber hinaus wurden die Duelle von den Mittelschichten als barbarisch angesehen (während andererseits immer mehr bürgerliche Männer auf diese Weise ihre Ehre verteidigten). Auch die weitverbreiteten Wetten und Glücksspiele galten in ihrer adeligen Variante wegen der Höhe der eingesetzten Summen als obszön: Teilweise wurden an einem Abend bis zu 15.000 £ verspielt, einige Adelige nahmen sich wegen Zahlungsunfähigkeit das Leben. Die Erklärung für die Unmoral der Aristokratie waren die luxuriösen und scheinbar unbeschränkten Lebensumstände, in denen Adelige aufwuchsen. Früher hatte man den Luxus als Bestandteil der Erhabenheit des Adels betrachtet, nun schien er die Wurzel allen Übels zu sein. Die Mittelschicht empfand sich immer mehr als Träger der Moral.

In krassm Gegensatz zum schlechten Image des Adels stand seine Macht. Der gesamte Adel (inklusive der rangniedrigeren Baronets und Knights) machte 0,000857% der Bevölkerung aus (bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Millionen Menschen). Den etwa 160 bis 200 Familien des Hochadels gehörten 20 bis 25% des Landes, hinzu kamen die Besitztümer des niederen Adels und der etwa 400 bürgerlichen Großgrundbesitzer. Nicht nur die Pachtzinsen aus dem Landbesitz flossen den Adelligen zu, einige betätigten sich auch als geschickte Unternehmer und investierten in Experimente mit Dünger und neuartigen Viehzuchtmethoden, in Aktien, Bergwerke und Manufakturen. Die Oberhäupter aller adeligen Familien verfügten über ein Jahreseinkommen von durchschnittlich 5.000 bis 8.000 £ pro Jahr, besonders reiche wie der Duke of Newcastle nahmen über 30.000 £ jährlich ein. Zum Vergleich: Die Lebenshaltungskosten einer Mittelstandsfamilie im eigenen Haus mit einem Bediensteten betrafen jährlich 40 bis 50 £. Diesen gewaltigen Summen standen allerdings ebensolche Ausgaben gegenüber: In einem der üblichen Schlösser kostete allein die Beleuchtung mit Kerzen täglich 15 £, 860 £ jährlich waren für die Bediensteten aufzuwenden. Insgesamt verbrauchte die Unterhaltung eines größeren Landsitzes 5.000 £ pro Jahr. Der Sinn solcher Ausgaben war nicht allein Genußsucht oder individuelle Prunksucht, sondern auch die Aufrechterhaltung der eigenen Autorität. Der Glanz eines luxuriösen Landsitzes erzeugte bei den abhängigen Beobachtern Bewunderung und zementierte die Macht des Patrons.

Diese Macht war entscheidend für die Durchführung der Patronage. In vielen Wahlkreisen schlug der entsprechende Peer einen Parlamentskandidaten vor und erwartete ausdrücklich dessen Wahl.

Noch 1807 erhielten 234 Abgeordnete ihr Mandat auf diese Weise. Hinzu kam die Verteilung lukrativer Ehrenämter oder hoher politischer Posten als Botschafter oder Regierungsbeamte an verdiente Gefolgsleute. Auch an dieser Praxis wurde von Leuten wie Thomas Payne und William Corbett (dem Herausgeber aller Parlamentsprotokolle des 18. Jahrhunderts) scharfe Kritik geübt. Payne und Corbett legten die Verknüpfungen zwischen Adel und Ämtern offen und bauschten die reale Vertennwirtschaft zu einer gigantischen Verschwörung auf: Ganze Kriege seien nur angezettelt worden, um Getreue mit Offiziersposten zu belohnen, Kolonien seien erobert worden, um Gouverneursposten zu schaffen. Diese neue Facette adeliger Vergehen paßte ins Bild der parasitären Adelligen, die England politisch und wirtschaftlich schadeten.

## 5.2 Wandlungen nach 1780

Nach 1780 entstanden zwei Gegenbewegungen zu dieser Kritik. Zum einen kam es zu einer demographischen Krise und einem Aussterben vieler Adelsfamilien zwischen 1770 und 1800 aufgrund späterer Heirat und geringerer Geburtenrate innerhalb des Adels. In der Folge ging ein Drittel aller Titel und Landsitze in allen Teilen des Königreiches (England, Schottland, Wales und Irland) an Verwandte, nur selten wurden Landsitze verkauft. Dadurch wuchs die Elite stärker zusammen und die Verknüpfung zwischen den Landesteilen wurde enger. Es kam zu einer Orientierung nach London: Der schottische Adelige Francis Mackenzie beispielsweise erhielt zu seinem eigenen Land in den Highlands den Titel eines Lord of Seaforth und Landbesitz in Lincolnshire. Sein gestiegenes Einkommen investierte er in eine Renovierung seiner heimatlichen Landhäuser im englischen Stil und zwei neue Stadthäuser in London. Einen aktiveren Weg in die englische Politik ging Robert Stewart, ein irischer Landadeliger, der durch eine erste Ehe zu Geld kam und in zweiter Ehe die Tochter des Earl of Camden heiratete. Der Earl besorgte ihm eine irische Peerage, den Titel eines Earl und den eines Marquis of Londonderry, seine Söhne bekamen Posten als Botschafter und Außenminister. Aber nicht nur die Übertragung von Besitztümern sorgte für wachsenden Reichtum im Adel, auch die in den Kriegen steigenden Brot- und Getreidepreise bescherten den Grundbesitzern höhere Pachtzinsen. Teilweise stiegen die Einkünfte innerhalb weniger Jahre um 100%.

Die größere Homogenität und der noch größere Reichtum brachten allerdings noch keine Verbesserung des adeligen Images. Viel wichtiger war, daß sich eine neue Pose durchsetzte, wenn sie auch nicht bewußt als Reaktion auf die Kritik inszeniert wurde: Der Adelige gab sich nun als hart arbeitender Patriot. Der Anlaß waren die Kriege, besonders der Krieg gegen das revolutionäre Frankreich. Natürlich sorgten sich die englischen Eliten angesichts der französischen Zustände um den Erhalt ihrer Privilegien und setzten sich schon aus Eigeninteresse als Politiker und Militärs für Englands Sieg ein. Viele von ihnen (wie der 47jährig gestorbene William Pitt d.J.) rieben sich tatsächlich im Dienst am Vaterland auf, andere brachten sich um und wurden geisteskrank. Die Informationen über diese Vorfälle setzten den Adel in ein völlig neues Licht. Auch der Aufbau der public schools in Eaton, Westminster, Winchester und Harrow, in denen junge Adelige angehalten wurden, den antiken Helden nachzueifern, trugen zu einer deutlichen Imageverbesserung bei. Die Disziplin und

das Zusammengehörigkeitsgefühl der Absolventen der Schulen, die Betonung von Sport und Wettkampf rief 1803 bei der Times Bewunderung für „unsere junge Aristokratie“ hervor.

Auch auf einem Nebenschauplatz wie der Jagd profilierten sich Adelige nun als uneigennützig Helfer. Statt (wie bisher) eßbares Wild zu jagen, verlegte man sich auf die Fuchsjagd mit dem Ziel, diese „Schädlinge“ von den Hühnern der Pächter fernzuhalten. Auch erhöhte man die Zahl der Jagden drastisch, was sowohl der Ausbildung junger Adelliger im Reiten und Schießen diene als auch eine willkommene Gelegenheit war, seinen Reichtum mit teuren Pferden, kostbarem Reitzug und großen Hundemeuten zu zeigen. Die Gefährlichkeit einer wilden Jagd durchs Unterholz demonstrierte zusätzlich Mut und Reitkunst. Sogar das zuvor verschmähte Sammeln von Kunstwerken erhielt einen patriotischen Anstrich: Indem Adelige ihre kostbaren Stücke leihweise öffentlichen Ausstellungen zur Verfügung stellten, fanden diese Eingang in den Kreis des nationalen Kunsterbes und ihr Erwerb wurde nachträglich zu einer patriotischen Tat.

Natürlich nahm in Kriegszeiten auch die militärische Heldenverehrung sprunghaft zu. Die Uniformen (sogar Georg III. entwarf selbst neue Schnitte) waren äußerst figurbetont und unterstützten die Attraktivität ihrer Träger. Neben der Repräsentation übernahmen viele Adelige auch echte Funktionen als Offiziere im Krieg. Ihr Tod wurde, wie der des Generals Wolfe in Amerika, stark idealisiert. In Gemälden nahmen die Helden antike Posen ein, trugen aber zeitgenössische Uniformen (allerdings wurde General Nelson 1805 schon schlichter in einem weißen Totengewand dargestellt). Viele verdiente Offiziere stiegen in die höchsten Adelsränge auf, der Duke of Wellington war als Sohn eines einfachen Landadeligen in die Armee eingetreten.

Viele Verhaltensweisen des Adels wie der Postenschacher blieben natürlich unverändert. Aber der Wunsch, respektiert zu werden, führte allgemein zu größerer Diskretion, Mätressen und Affären wurden geheim gehalten. Mit dem zunehmenden Interesse junger Adelliger für die Politik setzte sich dieser Stil auch im Parlament durch.

### 5.3 **Wirtschaftliche Veränderungen**

Im 18. Jahrhundert nahm die Bevölkerung des Königreiches stark zu: 1721 lebten 5,7 Millionen Menschen in England und Wales, 1783 waren es 7,6 Millionen, 1801 9,1 Millionen. Diese Tendenz wurde allerdings von den Zeitgenossen zunächst nicht bemerkt, man glaubte sogar, die Bevölkerungsdichte nehme ab. Gleichzeitig wurden innovative Techniken in der Landwirtschaft eingeführt, die vor allem den reichen und experimentierfreudigen Bauern nützten. Viele Kleinbauern sanken zu Landarbeitern herab oder zogen in die aufstrebenden Industriestädte. Kritik wurde vielfach an der Privatisierung und Einhegung (enclosure) von Gemeindeland geübt, die reiche Bauern durch ihre Beziehungen zu den Patronen durchsetzen konnten. In den Städten setzte sich währenddessen das Verlagssystem durch, und erste Manufakturen entstanden. Städte wie Birmingham, Manchester und Leeds wuchsen stark an und spezialisierten sich auf einzelne Industrien wie Eisen, Stahl, Woll- oder Baumwollverarbeitung. Luxusgüter konnten mit Hilfe von Maschinen wie der Spinning Jenny (1764) oder der Dampfmaschine (1769) billiger produziert werden und wurden so auch für

die Mittelschichten erschwinglich. Flexible Unternehmer nutzten die neuen Möglichkeiten: John Wilkinson setzte ab 1775 Watts neue Dampfmaschine ein, baute 1779 die erste eiserne Brücke und 1787 das erste eiserne Schiff. Die Rationalisierungen in der Industrie brachten aber auch ein Heer von Arbeitslosen hervor. Die Fabrikarbeiter wurden durch kein Gesetz geschützt, es gab weder Betriebsrenten noch Kranken- oder Unfallversicherungen, lediglich teilweise freiwillige Leistungen der Arbeitgeber.

Das Wachstum der Wirtschaft unterstützte der Ausbau der Infrastruktur vor allem durch Kanäle: Im Jahr 1800 wurde nur ein Drittel aller Schiffstransporte auf natürlichen Flüssen gefahren. Die meisten Projekte beruhten auf privater Initiative, wie der Bridgewater-Kanal, den der Earl of Bridgewater für 250.000 £ zwischen seinen Kohlebergwerken und der Stadt Manchester bauen ließ. Trotz dieser gewaltigen Investition konnte der Earl den Preis der Kohle halbieren und weiterhin große Gewinne machen. Außer den Kanalanlagen wurden gebührenfinanzierte turnpike roads von privaten Investoren gebaut, die das Straßennetz innerhalb des Königreiches innerhalb weniger Jahrzehnte dramatisch verbesserten, da die Straßen ursprünglich Gemeindesache und dementsprechend nur auf die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinde zugeschnitten waren.

Die Löhne lagen in Großbritannien doppelt so hoch wie in Frankreich, was sich positiv auf die Nachfrage auswirkte und so ebenfalls zum Wirtschaftswachstum beitrug: Im 18. Jahrhundert verdreifachte sich der Binnenmarkt. Allerdings wurde diese gewaltige Wachstumsrate vom Export noch übertroffen, der sich im gleichen Zeitraum versechsfachte. Allein zwischen 1740 und 1770 stieg die Produktion im Export um 75%. Der Bedarf an Arbeitern wurde problemlos durch das Bevölkerungswachstum und die in die Städte strömende Landbevölkerung gedeckt. Londons Bevölkerung wuchs bis 1801 auf 950.000 Menschen an.

#### **5.4 Auswirkungen auf die unteren Schichten**

Die Flucht vor der ländlichen Arbeitslosigkeit in die Städte bedeutete für die Arbeiter einen Kulturschock. Zur Entwurzelung (in den Städten fehlte ein Patron und eine enge Gemeinschaft) kamen auch die ungewohnten Arbeitsbedingungen, die sich nach Uhren richteten. Ein Arbeitstag dauerte, mit einer festgelegten Pause, zwölf Stunden, da das Tageslicht noch als Hauptlichtquelle diente. Der reale Lebensstandard einer Arbeiterfamilie war schwer zu ermessen, da Frauen und Kinder zu geringeren Löhnen mitarbeiteten und so zum Familieneinkommen beitrugen. Bis in die 1790er Jahre war das Leben wahrscheinlich relativ erträglich, man litt keinen Hunger und hatte sogar etwas Geld für Alkohol übrig. Erst die infolge des Krieges mit Frankreich steigenden Brotpreise führten zu Unruhen. Die Proteste waren aber auch Ausdruck eines langsam entstehenden politischen Bewußtseins. Trotzdem wurden die Löhne durch die Festsetzung von Maximallöhnen bewußt gering gehalten, weil die gängigen Wirtschaftstheorien nur den Angebotsaspekt (d.h. niedrige Produktionskosten) berücksichtigten und weil man glaubte, die unteren Schichten zur kontinuierlichen Arbeit zwingen

zu müssen. Diese Auffassung war nicht völlig falsch, denn es gab kein Spar- oder Vorsorgebewußtsein der Arbeiter, sie gaben ihr gesamtes Einkommen sofort aus und arbeiteten nur für den täglichen Bedarf.

Andererseits hätte das System der Armenfürsorge (poor relief) jede Eigeninitiative auch bestraft: Unterstützt wurden nur völlig Mittellose. Außerdem unterschied man zwischen deserving poors (wie Behinderten, Witwen mit Kindern usw.) und undeserving poors. Letzteren warf man vor, trotz ihres gesunden Körpers nicht zu arbeiten; sie erhielten keinerlei Unterstützung. Das Konzept der unverschuldeten Arbeitslosigkeit gab es noch nicht. Die Einrichtung von Arbeitshäusern für die undeserving poors erwies sich als ineffektiv und zu teuer. Zur staatlichen Armenfürsorge trat die private Wohltätigkeit, die vor allem die soziale Hierarchie stützte. Allerdings konnten natürlich die wenigen Armen in reichen Gemeinden eher unterstützt werden als die vielen Armen in ärmeren Gebieten; in den entstehenden Slums der großen Städte griff das System überhaupt nicht mehr. Insgesamt verbesserten sich die Lebensbedingungen der Unterschichten bei allen Nachteilen spärbar im Vergleich zum 17. Jahrhundert. Auch bildete sich eine Hierarchie mit den angelernten Facharbeitern und Maschinisten an der Spitze, die häufig auch Clubs gründeten, in denen politische Debatten geführt wurden.

### 5.5 Aufstieg der mittleren Schichten

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts verfügten bereits zwei Fünftel aller Familien über ein Jahreseinkommen von 40 bis 50 £ und gehörten damit zu den mittleren Schichten, im 17. Jahrhundert war es noch ein geringer Prozentsatz gewesen. Ursache dieses Anstiegs war das gewachsene Handelsvolumen, das neue, gutbezahlte Arbeitsmöglichkeiten im Handel, in der Verwaltung und in der Rechtsprechung bot. Früher hatten nur Kaufleute, Offiziere und Kaufleute als kleine Gruppe zwischen Adel und Unterschichten gestanden. Außerdem konnten sich die neuen Wohlhabenden nun auch Luxusgüter wie Zahnbürsten, Zündhölzer, Schirme, Teppiche und Besteck leisten. Diese Ausstattung und die gewonnene Freizeit ließ vor allem bei den Frauen eine völlig neue Lebensart entstehen. Das Familienleben wurde betont, weil die häusliche Atmosphäre erstmals Behaglichkeit bot, während die Unterschichten immer noch in Kneipen Wärme und Unterhaltung suchten. Von eigenständigen mittleren Schichten, die sich nicht nur über diese materiellen Unterschiede definierten, kann man allerdings erst ab 1780 sprechen.

### 5.6 Mentalitätsgeschichtliche Wandlung

In der Literaturwissenschaft wird das 18. Jahrhundert auch als age of sentiment bezeichnet. In Dramen und Romanen war Empfindsamkeit (sensitivity) seit etwa 1740 das zentrale Thema, es traten großherzige und gute Figuren auf, die bei der kleinsten Ungerechtigkeit weinten. Im Vergleich dazu wirkten ältere Komödien, in denen über das Mißgeschick anderer gelacht wurde, extrem grob. In den 1760er und 70er Jahren hatte sich das Weinen zu einem wahren Kult entwickelt. Lady Louisa

Stewart erinnerte sich in ihren Tagebüchern, einen der populärsten Romane (*Man of Feeling*) 1771 als 14jährige zuerst allein gelesen zu haben, aus Angst, nicht genug weinen zu können. Erst danach las sie ihn unter Tränen öffentlich vor. Bei einer Wiederholung dieser Darbietung 1826 weinte dagegen niemand, einige Zuhörer lachten sogar. Die Empfindsamkeit war lächerlich geworden. Schon zur Hochzeit der Weinerlichkeit hatten „wirklich“ Empfindsame verächtlich über die *affected sensibility* gesprochen, um ihre eigenen Tränen davon abzugrenzen.

Die Inhalte der Empfindsamkeit speisten sich aus zwei Quellen, die schon im 17. Jahrhundert Zweifel an der grundsätzlichen Schlechtigkeit des Menschen angemeldet hatten: die Latitudinärer, eine Strömung in der anglikanischen Kirche, forderten weniger Zeremonie, weniger Hierarchie und mehr Toleranz und wiesen auch auf die guten Eigenschaften des Menschen wie Geselligkeit, Mitleid usw. hin. Darauf baute der 3rd Earl of Shaftesbury 1711 in seinem Buch über die Charakteristiken des Menschen auf. Sie hätten als Gemeinschaftswesen wie die Bienen entsprechende Anlagen, deshalb würden ihnen egoistische wie altruistische Taten in gleicher Weise Freude bereiten.

Darauf folgte eine Aufwertung von Gefühlen, die bisher als menschliche Leidenschaften (*passions*) ausschließlich negativ bewertet worden waren. Nun wurden sie als *feelings* oder *emotions* bezeichnet und traten schließlich gleichberechtigt neben die Vernunft. *sensibility* (ursprünglich Wahrnehmungsvermögen) bedeutete nun Empfindsamkeit, *sentiment* (ursprünglich vernünftige Meinung) war als zarte Emotion Ausdruck der *sensibility*. Der Mensch unterschied sich nicht mehr nur durch Vernunft vom Tier, sondern auch durch die „größere Feinheit seiner Gefühle“. Folglich bemühten sich alle, möglichst empfindsam zu erscheinen – Tränen wurden zum Symbol der Menschlichkeit. *sympathy* (Mitleid), gemeint als Nachempfinden der Gefühle anderer Menschen, war ein höchst erstrebenswertes Zeichen von *sensibility*, das Vorbild war die Romanfigur Uncle Toby, der sogar Fliegen das Leben rettete. Der Trend zum Mitleid und zur Tugendhaftigkeit galt natürlich nur für die oberen Schichten, in denen er ein Statussymbol war. Auch in der Philosophie war Empfindsamkeit en vogue: David Hume forderte, der Verstand müsse nur Sklave der Gefühle sein, er sei das Instrument eines emotionalen Impulses.

Einerseits leistete die Kultur der Empfindsamkeit vielen Reformbewegungen wie dem Kinderschutz und der Gefängnisreform Vorschub, andererseits war sie aber auch verantwortlich für einen Kult, der absurde Blüten trieb. Weil Weinen als Statussymbol galt, wurde bald allgemein ständig geweint. Von den Kritikern dieser übersteigerten Weinerlichkeit wurden Satiren veröffentlicht. Trotzdem hatte die Empfindsamkeit jenseits des affektierten Kultes eine große Wirkung.

Das Gegenstück zur Empfindsamkeit war das adelige Verhaltensideal der *politeness* (Höflichkeit), das ursprünglich nur für das Verhalten am königlichen Hof galt. Mit der Entstehung von Mittelschichten gab es im 18. Jahrhundert dann einen steigenden Bedarf an Ratgebern für Etikette und Manieren, die sich natürlich zunächst an den höfischen Ritualen orientierten. Das erklärte Ziel der *politeness* war, zur Freude anderer beizutragen, ihnen beizupflichten und jeden Streit zu vermeiden. Das gelang oft nur unter der Zurückstellung der eigenen Gefühle, deren Präsentation gleichzeitig die Empfindsamkeit forderte. Dieses Paradox zeigte sich in den posthum veröffentlichten Briefen des Lord Chesterfield an seinen unehelichen Sohn, in denen er ihm *politeness* als Mittel zur Sicherung

der Karriere empfahl. Diese Dokumente offenbarten die den Mittelschichten bis dahin unbekannt Heuchelei des Adels und führten zu einem eigenen Konzept der Aufsteiger: Sie versuchten, politeness als Ausdruck von Gefühlen zu definieren und die widersprüchlichen Konzepte zu verbinden.

### 5.7 Die Kommerzialisierung der Kunst

Im 17. Jahrhundert war die Beschäftigung mit Kunst wegen der horrenden Kosten eine Domäne des Adels gewesen. Adelige statteten ihre Paläste mit Bildern aus, unterhielten Orchester und finanzierten einzelne Künstler, die völlig von ihnen abhängig waren. Im 18. Jahrhundert dagegen konnten auch die Mittelschichten in Kunst investieren, zunächst mit dem System der Leihbibliotheken (circulating libraries), etwas später mit dem Ausbau von Vergnügungsparks (pleasure gardens) zu kulturellen Stätten: Durch die gemeinsame Finanzierung wurden Konzerte möglich, und auch bildende Künstler benutzten die Gebäude der Parks, um ihre Werke einem größeren (eventuell zahlenden) Publikum zugänglich zu machen.

## 6 Die Anfänge von Reformbewegungen und die Stellung von Frauen

Wie erwähnt, gründeten sich die Reformbewegungen des 18. Jahrhunderts auf die Kultur der Empfindsamkeit. Hinzu kam eine veränderte Einstellung zu körperlichen Schmerzen. Während Schmerz im 17. Jahrhundert als natürlich galt – jeder Mensch hatte Schmerzen, brutale Körperstrafen waren üblich – versuchte man nun, ihn nach Möglichkeit zu vermeiden. Die früher verbreitete Brutalität und Gleichgültigkeit wurde abgelöst von einer wohlwollenden Einstellung gegenüber Kindern, Strafgefangenen und Prostituierten, aber auch gegenüber Tieren. Auch die Privatinitiativen in der Armenfürsorge gingen auf diesen Wandel zurück. Thomas Day (1748–1789), ein radikaler Bewunderer Rousseaus, setzte nach seiner Heirat mit einer reichen Frau sogar deren gesamtes Vermögen zur Unterstützung seiner Pächter ein und lebte selbst asketisch auf dem Land. Zunehmend wurden die Mittelschichten Träger der Philanthropie. Da sie nicht wie einzelne Lords in großem Stil wohlthätig sein konnten, wurden Gesellschaften zur Finanzierung von Kranken- und Waisenhäusern gegründet. Der neue Typ des Sozialreformers war nicht sehr reich, aber äußerst engagiert. Überregionale Bedeutung erlangte die 1756 gegründete Marine Society, die die mittellosen Schiffsjungen der Navy mit warmer Kleidung versorgte und innerhalb von drei Jahren 25.000 £ sammelte. Neben diesen Gesellschaften gab es in vielen Bereichen einzelne engagierte Männer, die im Alleingang Reformen durchsetzten.

Eine Gefängnisreform wurde vor allem von John Howard (1726–1791) betrieben. Howard war nach seinem Antritt als Bezirkssheriff von den Zuständen in den Gefängnissen entsetzt und begann, Strafanstalten in ganz Europa zu inspizieren. Die veröffentlichten Ergebnisse machten die Arbeit einer später eingesetzten Parlamentskommission im Prinzip überflüssig. Das Grundproblem der Gefängnisse war ihre Zielsetzung: Sie dienten nicht als Instrument der Bestrafung, sondern nur als „Wartehalle“ bis zu den Gerichtsverhandlungen, die üblicherweise viermal pro Jahr stattfanden.

Die eigentlichen Strafen waren Auspeitschen, Zwangsarbeit in den Kolonien und die Todesstrafe. Da die Gefängnisse mit staatlicher Lizenz von privaten Trägern betrieben wurden, mußten sie sich selbst finanzieren. Dementsprechend bekamen mittellose Gefangene außer einem verschlossenen Raum und etwas Brot nichts. Für Decken, ein Bett, trockene Räume, besseres Essen usw. mußte man bezahlen. Das Ergebnis war, daß reiche Leute im Gefängnis wie in einem Hotel residierten, während die Armen mit vielen anderen in kalten und feuchten Kellerräumen zusammengepfercht waren. Die Folge waren Krankheiten, die man mangels Diagnosemöglichkeiten als jail fever bezeichnete. Manche Verhandlungen mußten abgesagt werden. Hinzu kam, daß auch bei einem Freispruch hohe Verwaltungsgebühren anfielen. Zwar konnte Howard die öffentliche Meinung gegen diese Mißstände mobilisieren, aber es wurden lediglich zwei Gesetze zur Verbesserung der sanitären Bedingungen und zur Reduktion der Verwaltungsgebühren beschlossen. Die Gefängnisse blieben in privater Hand, damit änderte sich auch nichts an ihrer Profitorientierung. Weitere Reformen zur Abschaffung der Todesstrafe auf bestimmte Delikte scheiterten.

Die Sozialfürsorge reformierte vor allem Jonas Hanway (1712–1786). Die noch aus dem 16. Jahrhundert stammende gemeindebezogene Fürsorge erwies sich mittlerweile als ineffektiv, weil nicht alle Gemeinden die notwendigen Mittel allein aufbringen konnten. So wurden z.B. zu wenige Waisenhäuser gebaut. Stattdessen bezahlte man Ammen mit einer festen Summe für jedes aufgenommene Kind, ohne die Verwendung des Geldes zu kontrollieren, so daß überproportional viele Kinder in dieser „Fürsorge“ starben. Hanway legte Statistiken an und fand heraus, daß in reichen Gemeinden die Sterblichkeit bei 17% lag, in armen dagegen bei 58%. Er erstellte eine „schwarze Liste“ von Gemeinden, bezeichnete die charity houses als slaughter houses und nannte vor allem namentlich die Ammen, bei denen ein Großteil der Schutzbefohlenen starb. Ein Gesetz gebot daraufhin die Registrierung der Kinder und die staatliche Kontrolle der Ammen. Für weitere Verbesserungen sorgte Thomas Gilbert, der 1782 ein Gesetz im Parlament einbrachte, das den Gemeinden gemeinsame Waisenhäuser empfahl. Das Gesetz zeigte wenig Wirkung, auch weil die konservativen Vorstellungen der Mildtätigen noch sehr stark war: Die Armen mußten ihren Anforderungen entsprechen (deserving poors), sonst bekamen sie nichts.

Kinder, die ein Waisenhaus oder eine Amme überlebt hatten, kamen im Alter von acht Jahren auf Gemeindegeldern für sieben Jahre als Lehrlinge (apprentices) unter. Der Meister, bei dem sie lebten, vertrat die Elternstelle und war verantwortlich für ihre Ernährung und Erziehung. Sie waren ihm völlig ausgeliefert und wurden in den meisten Fällen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt, ohne tatsächlich den entsprechenden Beruf zu erlernen. Vor allem zahlten die Gemeinden nur für „schlechte“ Berufe, in denen die Lehrzeit billiger war, wie z.B. Schornsteinfeger (chimney sweeps). Hier mußten die Kinder in Kamine klettern, um sie von innen zu säubern. Um überhaupt in die engen Röhren zu passen, durften sie nicht zu groß oder kräftig sein, außerdem mußten sie wenig Kleidung tragen. Wer als Kind sieben Jahre in staubigen Kaminen zugebracht hatte, war gesundheitlich ruiniert. 1773 wurde deshalb ein Gesetz gegen die schlimmsten Auswüchse verabschiedet, 1788 folgte ein weiteres allgemeineres Gesetz zum Schutz von Kindern. Obwohl die öffentliche Meinung eindeutig gegen die brutale Ausbeutung von Kindern war, wurden die Gesetze aus wirtschaftlichen Gründen

nicht konsequent durchgesetzt. Andererseits war selbst Hanway nicht gegen die Beschäftigung von Kindern, sondern nur gegen harte körperliche Arbeit.

Das Reformation of Manners Movement hatte sich eine Sittenreform zum Ziel gesetzt. Die schon seit dem 17. Jahrhundert bestehenden Vereine erhielten nun neuen religiösen Schwung. Die Evangelicals, eine gefühlsbetonte Gruppe in der anglikanischen Kirche, und unter ihnen besonders die Londoner Clapham Sect wandten sich gegen Vergnügungen wie Alkohol und Wetten. Ihr Ansatz war konservativ und repressiv, Arme wurden wie Kinder behandelt (*The School Mistress of the Poor*), in Sonntagsschulen sollten sie Lesen, Schreiben und Gehorsam lernen. Darin unterschieden sich die religiösen Reformer von den übrigen, die vor allem aus Mitleid und humanitärer Gesinnung handelten. Aus beiden Gruppen stammten die Abolitionisten, die für die Abschaffung der Sklaverei kämpften. Seit den 1760er Jahren gab es in England eine Opposition gegen die Sklaverei. Es wurden Gedichte und Flugschriften veröffentlicht, wobei die Quäker und die Methodisten die treibende Kraft waren. Ihr Vormann war Granville Sharp (1735–1813), der sich zunächst für einen einzelnen Sklaven, den er persönlich kannte, eingesetzt hatte. 1772 errang er als Anwalt eines schwarzen Sklaven im Somerset Case einen entscheidenden Sieg: Ein von den Westindischen Inseln mitgebrachter Sklave verklagte seinen Besitzer auf Freilassung, da auf englischem Boden alle Menschen frei seien. Er bekam recht. Schwarze Sklaven lebten zu dieser Zeit in England meist als Bedienstete von zurückgekehrten Beamten oder modebesseren Mittelschichtlern. Die öffentliche Meinung und die Gerichte waren ganz auf der Seite der Abolitionisten, allerdings konnte die Lobby der Sklavenhändler Eingaben an das Parlament seit 1787 immer wieder in einer der beiden Kammern zu Fall bringen, obwohl diese sich aus pragmatischen Gründen nur gegen den Sklavenhandel und nicht gegen den Besitz richteten. Obwohl man den Sklaven religiöse Unterstützung gewährte, wurden sie mit einer Ausnahme nie zum Aufstand aufgerufen. Die amerikanische Revolution brachte einen Rückschlag, da die amerikanischen Siedler eindeutig für die Sklaverei waren, ihre potentiellen Sympathisanten aber meist auch Abolitionisten. Außerdem schürte ein Sklavenaufstand 1791 die Ängste vor einer großen Rache der Sklaven nach ihrer Freilassung. 1792 beschloß das Parlament trotzdem nach einer Nachtsitzung eine graduelle Freilassung, die aber erst am 1. Januar 1796 in Kraft treten sollte. Der in der Zwischenzeit ausgebrochene Krieg mit Frankreich verhinderte dann die endgültige Ratifizierung. Am 25. März 1807 schließlich wurde der Sklavenhandel für illegal erklärt und die Navy gegen Sklavenhändler eingesetzt.

Insgesamt gab es viele private Initiativen aus humanitären Motiven, die sich aber nur teilweise durchsetzen konnten. Wichtig war vor allem die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, die mit zum Teil erheblicher Verzögerung einer Veränderung bewirkte.

Die rechtliche Stellung der Frauen war im 18. Jahrhundert noch sehr schlecht: Während alleinstehende Frauen eigene, wenn auch wirtschaftlich abhängige Rechtspersonen waren, verloren sie ihre Eigenständigkeit bei ihrer Heirat. Ein Ehepaar galt als eine Rechtsperson, der Mann war für alles verantwortlich und hatte die alleinige Verfügungsgewalt über das gemeinsame Eigentum. Veränderungen gab es vor allem in der Frage der wirtschaftlichen Bedeutung von Frauen der Mittelschicht. Bisher hatten (mit Ausnahme des Adels) alle Frauen zum Familieneinkommen bzw. zur Existenz

der Familie beigetragen. Ihre Tätigkeiten reichten von der Mitarbeit auf dem Hof über „klassische“ Haustätigkeiten wie Kochen und Waschen bis zum Spinnen, Weben und Nähen (Textilien waren noch sehr teuer). Diese Teilnahme am wirtschaftlichen Leben nahm infolge der industriellen Revolution langsam ab. Es kam zu einer Professionalisierung auch vieler „weiblicher“ Tätigkeiten und zur Trennung von Wohn- und Arbeitsstelle. Viele qualifiziertere Berufe wurden von Männern übernommen, da die Frauen zur Ausbildung nicht zugelassen waren. Auch führten Witwen nun seltener das Gewerbe ihres Ehemanns fort, da ihnen die Kenntnisse fehlten. Ihre zunehmende Beschränkung auf das Haus bedeutete einen erheblichen Statusverlust. Anders als ihre Geschlechtsgenossinnen in der Unterschicht waren sie nun materiell unproduktiv und wurden hauptsächlich als Konsumentinnen gebraucht. Allerdings läßt sich die traditionelle Darstellung der Mittelschichtlerinnen als faule Drohnen, die ihre Tage mit Theater und Lesen verbrachten, nicht halten. Neben dem veränderten (und bis heute geltenden) Frauenbild, das ihnen in höherem Maße die positiven Attribute warmherzig, mitleidig und empfindsam zuschrieb (in der frühen Neuzeit galten Frauen als grausam, dumm und gefährlich), erhielten sie vielfältige neue Funktionen. Zum einen galt eine nicht arbeitende Frau als Statussymbol, das die Zugehörigkeit zur Mittelschicht unterstrich, zum anderen war sie auch das Herzstück des behaglichen Heims, der großen Errungenschaft der Mittelschichten. Auch der Mutterschaft wurde neuerdings besondere Bedeutung zugemessen: Die Theorie des Philosophen John Locke, nach der ein Mensch als *tabula rasa* zur Welt kommt und sich allein durch äußere Einflüsse entwickelt, war äußerst populär und betonte die Verantwortung der Mutter, aber auch die Notwendigkeit, Frauen als erste Lehrer der Kinder besser auszubilden. Außerdem wurde die Mutterschaft emotional erhöht, selbst zu stillen war seit etwa 1750 auch in Familien, die sich eine Amme leisten konnten, üblich. Das Idealbild einer liebenswerten, nachgiebigen und gebildeten Mutter bestimmte das Denken der Mittelschichten. Obwohl die Kindersterblichkeit bei bis zu 30% lag und immerhin 7% der gebärenden Frauen starben, blieb die Mutterschaft das Ziel jeder Ehe.

Zur Ehe gab es für Frauen der Mittelschicht auch kaum eine Alternative; die wenigen halbwegs akzeptierten Berufe waren Gouvernante, Autorin, Schulleiterin und Gesellschafterin. Dabei gehörte zum Selbstbild einer bessergestellten Frau auch eine aktiv bewahrte Unwissenheit in allen wissenschaftlichen Dingen. Die Ehe war ein erstrebtes, aber auch riskantes Ziel: Einmal verheiratet, konnten Frauen ihren Ehemann nur um den Preis des sozialen Todes verlassen. Im Adel zwang der eigene Ruf und die einflußreiche Verwandtschaft der Frau die Ehemänner zu Wohlverhalten, im Notfall wurde eine Ehe per Gesetz im Oberhaus aufgelöst. In den Unterschichten konnten die *common law marriages* reaktiv formlos vor Verwandten geschlossen und wieder aufgelöst werden. In der Mittelschicht dagegen gab es nur die Möglichkeit der Annullierung durch die Kirche (sehr selten) und eine Trennung von Tisch und Bett bei nachgewiesenem Ehebruch und extremer Brutalität des Mannes. Selbst wenn hier zugunsten der Frau entschieden wurde, verlor sie ihren Bekanntenkreis und meist auch die Achtung ihrer Verwandten. Dementsprechend wurde die persönliche Zuneigung (bzw. das Vertrauen) zum künftigen Ehemann neben dessen Einkommen zu einem wichtigen Faktor. Insofern forcierten viele Frauen den Heiratsantrag eines ihnen genehmen Mannes und milderten ihre religiöse und rechtliche Pflicht zum Gehorsam, indem sie subtil Einfluß auf den Gatten nahmen. Im Idealfall akzeptierte der Mann den eigenen Willen seiner Frau, im Normalfall übte er eine wohlwol-

lende Dominanz aus. In schlechten Ehen hatte die Frau allerdings keine Chance: Vielfach hielten auch Verwandte der Frauen trotz erwiesener Brutalität zum Ehemann, auch Trennungsverfahren endeten selten mit einem Sieg der Frau.

Die ältere Forschung nimmt eine strikte Trennung der „männlichen“ public sphere und der „weiblichen“ private sphere im 18. Jahrhundert an. Tatsächlich gab es verschiedene Formen der Öffentlichkeit; in einigen von ihnen spielten Frauen eine wichtige Rolle. So war z.B. das Auftreten und Verhalten einer Frau in der sozialen Öffentlichkeit ein wichtiger Indikator für die Kreditwürdigkeit ihres Mannes. Auch konnte sie bei Treffen unter Frauen (social calls) Kontakte knüpfen, die für ihren Mann von Bedeutung waren. Im Bereich der Kunst stellten die Frauen eine wichtige Gruppe von Kritikerinnen und Konsumentinnen. Auch in der Sozialfürsorge dominierten sie zahlenmäßig bei der Verwaltung von Schulen und Suppenküchen, aber auch bei der Inspektion von Gefängnissen (nach dem Tode John Howards). Sie führten die Aufsicht über die Bediensteten, setzten Arbeitsverträge auf und regelten die aufwendige Vorratshaltung. Allein zur politischen und wirtschaftlichen Öffentlichkeit waren sie nicht zugelassen, aber diese Einschränkung rechtfertigt nicht eine rigide Trennung der Sphären.

Politischen Einfluß nehmen konnten dagegen die adeligen Frauen. Sie waren gegenüber den Männern der Mittelschicht weisungsbefugt, hatten vielfältige Kontakte und konnten auch ihre Männer zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen. Ende des 18. Jahrhunderts entwickelten sie ein noch größeres Interesse für Politik. Die Duchess of Devonshire, die 16jährig mit dem Duke verheiratet worden war, hatte enge Kontakte zu eJames Fox, einem führenden Whig und griff aktiv in dessen Londoner Wahlkampf ein. Ihr Werben um Wähler auch aus den Unterschichten sorgte für eine scharfe Reaktion, so daß sie sich nach Fox' Sieg auf private Politik beschränkte. Trotzdem begannen andere gebildete Frauen, ihre Salons zu politischen Foren auszubauen. Die radikalen Bluestockings (benannt nach den blauen Wollstrümpfen des Teilnehmers Earls of Sandwich) wurden im 18. Jahrhundert noch als Musen unter der Führung von Elizabeth Montague dargestellt, außergewöhnliche hatten die Chance auf nationale Berühmtheit. Allerdings wurden sie diskreditiert durch eine ihrer Vorkämpferinnen, Mary Wollstonecraft. Deren Forderung nach Parlamentarierinnen, Ärztinnen, weiblichen Kaufleuten usw. traf zunächst auf ein positives Echo. Nachdem aber ihr Mann, der Philosoph William Goodwin, nach ihrem Tod eine Biographie ihres bewegten Lebens veröffentlichte, galt eine Bluestocking als Inbegriff der Unmoral.